

**Vorsitz: Präsident Peterlini**  
**Presidenza del Presidente Peterlini**

ore 10.16

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet. Wir beginnen mit dem Namensaufruf.

**DENICOLO'**: (Sekretär):(ruft die Namen auf)  
(Segretario):(fa l'appello nominale)

**PRÄSIDENT:** Entschuldigt haben sich für die heutige Sitzung die Abg. Palermo, Moser, Pahl, Muraro, Fedel, Tosadori, Pinter und Montefiori.

**PRÄSIDENT:** Ich bitte um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

**DIVINA:** (segretario):(legge il processo verbale)  
(Sekretär):(verliest das Protokoll)

**PRÄSIDENT:** Sind Bemerkungen zum Protokoll? Ich sehe keine und somit gilt es als genehmigt.

**PRÄSIDENT:** Ich bitte Sie einen Augenblick um Aufmerksamkeit. Sie wissen, daß am 10. Dezember 1948 die Vereinten Nationen die Charta zu den Menschenrechten erlassen haben. Es ist ein Dokument zum Schutze der grundlegenden Freiheiten des Menschen, seiner Würde, seiner Person, seiner Persönlichkeit und auch der Völker. Es ist für uns als Vertreter der Bevölkerung und als Abgeordnete wohl nicht nur eine Pflicht, sondern wohl auch eine Herausforderung, dieses Tages zu gedenken und gerade als Vertreter einer autonomen Region, die einen gewissen Schutz für die Bevölkerung und für die Minderheiten in diesen beiden Ländern erzielen konnten, auch unsere Solidarität für jene Völker und Minderheiten auf der Erde auszudrücken, die diesen Schutz nicht genießen. Es ist auch der Tag, an dem daran erinnert werden muß, daß auch Südtirol im Laufe seiner Geschichte die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes, einer der grundlegenden Rechte der Völker 1919-1946 gefordert hat. Ein Recht, das damals verweigert worden ist. Auf der Erde lebt heute ein Großteil der Menschen - leider muß man das sagen - in Verhältnissen, in denen die Menschenwürde und die grundlegenden Rechte der Persönlichkeit nicht geachtet werden. Sei es als Mitbürger, als Menschen dieser Erde, besonders aber als Vertreter von Minderheiten und Vertreter einer Region, die diese Autonomie im Staat Italien genießt, ist es für uns wichtig, auch auf das Elend der anderen Menschen hinzuweisen, die in vielen Ländern der Erde in ihren Rechten verletzt werden, wo die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, wo die Ausübung der Freiheiten nicht nur nicht erlaubt, sondern mit Gefängnis und oft auch mit

Panzergehalt niedergeschlagen wird. Um dieser unserer Solidarität auch lebendigen Ausdruck zu verleihen, habe ich die Ehre, heute hier auf der Tribüne eine Delegation von Albanern aus dem Kosova-Gebiet zu begrüßen, das derzeit noch zu Serbien gehört. Ich sage mit Absicht Kosova, weil es die albanische Aussprache dafür ist. Ich möchte Sie herzlich begrüßen und zwar Herrn Arsim Berisha, Vorsitzender des Solidaritätsfonds hier in Italien, Rifat Bajrami, von der Vereinigung Iliria, Tritan Miftiu, Journalist, und später wird noch Pietro Zoli, Bundesvorsitzender des Solidaritätsfonds in Deutschland, hinzukommen. Sie sind auf Initiative der Vereinigung der Gesellschaft für Bedrohte Völker, Südtirol, Associazione per i popoli minacciati Sudtirolo, hier und werden vom Leiter Dr. Thomas Benedikter begleitet.

Kosova, wie der albanische Name heißt, ist zu 90 Prozent von Albanern besiedelt und hat 1989 seinen autonomen Status verloren. Die Menschenrechtssituation in diesem Gebiet hat sich auch in diesem Jahr weiter zugespitzt. Seit der Aufhebung des Embargos gegen Serbien-Montenegro hat sich nichts wesentlich verbessert. 1,7 Millionen Albaner, das sind 90 Prozent der Bevölkerung dieses Gebietes, sind nach wie vor unzähligen Menschenrechtsverletzungen und einer Art Apartheid-Politik ausgesetzt. Daran hat auch ein kürzlich erfolgtes Treffen zwischen Präsident Rugova und Milosevic nichts geändert. Die dabei vereinbarte Öffnung der Schulgebäude für den albanischen Unterricht ist nicht konkretisiert worden. Die Albaner werden nicht nur von der Polizei und den Behörden ständig drangsaliert, sie sind aus dem ganzen öffentlichen Bereich ausgeschlossen worden und werden von der serbischen Wirtschaftspolitik und den vielen Betriebsschließungen immer mehr ins Elend gedrängt. Die Mehrheit der albanischen Erwerbsfähigen sind heute ohne Arbeitsplatz. In Kosova wächst mit jedem Tag die Armut, die Ungeduld und die Verbitterung. Serbien praktiziert in Kosova eine Politik, die jenen der Faschisten in Südtirol in den Schatten stellt. Die serbische Regierung führt nun die Zwangsumsiedlung von 20.000 serbischen Krajinaflüchtlingen durch. Alle Versuche des friedlichen Zusammenlebens mit den Serben vor Ort scheitern. Es herrscht gespannte Ruhe in Pristina. Die Parlamentswahlen anfangs November sind von den Albanern geschlossen boykottiert worden. Zum Unterschied von den serbischen Oppositionellen in Belgrad dürfen die Albaner nicht einmal ihren Protest laut kundtun. In dieser Situation ist es um so dringender, den Weg des gewaltfreien Widerstandes und den Ruf nach demokratischer Selbstbestimmung der Kosova-Albaner von außen zu unterstützen. Das hat kürzlich, zuerst die 3. Kommission und dann auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen getan und zwar mit einer Resolution, die ich im ersten Absatz verlesen darf: "The General Assembly condemns all violations of human rights in Kosovo, in particular the repression of the ethnic Albanian population and the discrimination against them, as well as all acts of violence in Kosovo: Demands that the authorities of the Federal Republic of Yugoslavia Serbia and Montenegro take all necessary measures to bring to an immediate end all human rights violations against ethnical Albanians in Kosovo."

Ich danke der Delegation, daß sie heute früh den Fraktionsvorsitzenden im Regionalrat die dramatische Lage geschildert hat. Wir müssen darüber in einer öffentlichen Mitteilung berichten. Wir haben hier im Regionalrat einen Begehrensantrag

vorliegen zu der Situation in Kosova. Ohne etwas von der zukünftigen Beschlußfassung vorwegzunehmen, darf ich aber die Solidarität, die darin ausgedrückt wird, hier im Namen des Regionalrates und der Fraktionsvorsitzenden zum Ausdruck bringen und auch Italien auffordern, im Rahmen seiner internationalen Beziehungen, speziell im Rahmen seiner Zugehörigkeit zur Europäischen Union, sich verstärkt für die Rechte der Albaner in Kosova einzusetzen und die Hilfe und die Verbesserungen der wirtschaftlichen und finanziellen Situation für Serbien und Montenegro an eine Verbesserung der Menschenrechte und den Schutz der Menschenrechte für die Minderheiten in diesem Lande zu binden.

In diesem Sinne möchte ich diesen Appell der Solidarität auch auf alle anderen Minderheiten und Völker dieser Erde und auf alle Menschen ausweiten, die den Schutz der Menschenrechte nicht genießen; gleichzeitig appelliere ich an die Jugend um ihr zu sagen, wie wertvoll es ist, daß die demokratischen Einrichtungen, wenn auch manchmal in mangelhafter Form, den Schutz und die Würde des Menschen, seine Freiheit zu schützen wissen und wie wertvoll diese Güter für das Zusammenleben der Menschen sind. In diesem Sinne vielen Dank für Ihr Kommen und Ihnen danke ich für die Aufmerksamkeit.

**PRÄSIDENT:** Damit leite ich zu den Arbeiten über, die wir jetzt anstehen haben, und zwar zur Behandlung der Tagesordnung im Rahmen des **Gesetzentwurfes Nr. 75: Haushaltsvoranschlag der autonomen Region Trentino-Südtirol für das Haushaltsjahr 1997 und dreijähriger Haushalt 1997-1999 (eingebracht vom Regionalausschuß).**

Jetzt hat der Abg. Divina das Wort, der das letzte Mal bereits seinen Tagesordnungsantrag über die Verhandlungen mit Rom über die Erträge aus den Lotoscheinen der verschiedenen Lotterien verlesen hat.

**DIVINA:** Avevo finito la seduta di venerdì leggendo questo Ordine del giorno. Vale la pena di riassumerlo: la modifica dello Statuto del 1971 ha posto le basi per fare vivere le nostre istituzioni regionali e provinciali prevedendo una serie di entrate certe legate al sistema economico, al sistema dei tributi riscossi nella nostra Regione ed ha elencato in modo potremmo dire tassativo quelle parti di imposte che debbono affluire con trasferimenti successivi dello Stato nelle casse della Regione e nelle rispettive casse delle Province. Infatti gli articoli dal 69 al 78 prevedono questo sistema di trasferimento; vorrei ricordare che quando si dice che le nostre finanze sono finanze derivate, si dice in sé una cosa giusta, ma anche una cosa distorta: se è vero che non esiste un sistema fiscale propriamente decentrato in modo federalista, è anche vero però che i trasferimenti di risorse erariali dallo Stato alle Province ed alla Regione avvengono in modo pressoché federalistico, cioè ridistribuendo esattamente dove il reddito viene prodotto, ritornando una serie di imposte esattamente dove queste imposte sono state generate, dove il reddito e l'imponibile sono stati creati.

Con questa premessa e senza elencare tutte le evoluzioni che spettano ai nostri vari enti, possiamo per esempio citare i tre piccoli commi che prevede l'art. 69 e

cioè di cosa vive la Regione. La Regione vive esattamente dei 9/10 delle imposte di successione, donazioni e sul valore netto globale delle successioni, vive dei 2/10 dell'IVA, dell'imposta sul valore aggiunto, esclusa quella relativa all'importazione e del punto c), che è quello che interessa questo nostro ordine del giorno, i 9/10 del provento del lotto al netto delle vincite.

Allora, nel 1971 parte questa bella scrittura dello Statuto, la prima riforma statutaria, ed indubbiamente quando si parla di lotto si esaurisce tutta la casistica del gioco previsto gestito dallo Stato, esistevano anche allora le lotterie in forma minimali, ma erano le lotterie nazionali.

Che cosa sta succedendo da alcuni anni a questa parte? Il gioco del lotto lo vediamo sempre più soppiantato da lotterie istantanee, che in brevissimo tempo raggiungono i proventi del lotto; quest'anno non ci sono ancora dati, ci sono solo relativi ai primi 6 mesi, nei primi 6 mesi del 1996 è stato incamerato da queste lotterie istantanee più di tutto il 1995, questo ci fa capire di che montagna e anche la tendenza dei trentini che vivono in questa regione a quel tipo di gioco che non comporta il dover conservare delle schedine o dei tagliandi, ma che dà immediatamente la risposta 'Hai vinto' o 'Non hai vinto'.

Che cosa succede su questi 'gratta e vinci'? Nei 'gratta e vinci' si buttano dentro tutte quelle nuove forme di lotterie istantanee che hanno i nomi più svariati, 'gratta 7', '7 e mezzo', eccetera, che in definitiva recepiscono il concetto del capostipite che permette di grattare e rendere visibile immediatamente dalla cartellina il tipo e la vincita eventualmente effettuata.

Immediatamente comprendiamo che, se la terminologia dello Statuto che nel 1971 parlava ed intendeva lasciare il provento nelle casse della Regione o ritornare i 9/10 al netto delle vincite dei proventi del lotto, era un termine 'lotto' che noi come legislatori potremmo interpretare in modo abbastanza estensivo, lotto in quanto unica lotteria nazionale al tempo gestibile ed esercitabile.

Che cosa succede ora? Non si riceve assolutamente nulla di ritorno dai proventi di queste altre lotterie, con gli uffici si sosteneva che ai sensi dell'art. 75 alla lettera g) si potrebbe pensare che i proventi dei 'gratta e vinci' potessero affluire nelle casse delle due Province autonome, purtroppo non è così, perché alla lettera g), che sarebbe il cappello, la norma di chiusura, che dice che cambiando nome alle imposte anche le due Province potrebbero vedersi spogliate di entrate certe, perché scrivendo, per esempio, IVA, nel momento in cui ipotizzando un sistema tributario rivoluzionato, se IVA non più dovesse essere applicata come valore aggiunto la Provincia non avrebbe più un grosso cespite delle proprie entrate ed ecco che la norma di chiusura dice 'i 9/10 di tutte le altre entrate tributarie od erariali dirette od indirette, comunque denominate', questa è la norma di chiusura per dire che cambiando impostazione fiscale e tributaria del sistema italiano, non serve riscrivere immediatamente gli articoli per il trasferimento di quei decimi alle casse delle nostre istituzioni autonomistiche, ma con questa norma di chiusura si dovrebbe pacificamente concludere che cambiando anche il tipo di imposta i 9/10 sono sempre garantiti, però leggendola accuratamente vediamo che sono i 9/10 di tutte le altre entrate tributarie od erariali dirette od indirette, inteso come entrate

tributarie ed erariali imposizioni, dove sta la differenza? Che non sono entrate né tributarie né erariali quelle provenienti dalle lotterie ed anche la terminologia usata dallo Statuto recita: ‘ i 9/10 dei proventi del lotto’, perché non sono tasse non sono imposte, non sono tributi e non sono tasse erariali, pertanto ecco che lo Statuto del 1971 era accorto e quando decise di attribuire alla Regione una parte dei proventi del lotto ha scritto proprio ‘9/10 dei proventi del lotto’, per cui vi è da immaginare che quello che incamera attualmente lo stato in senso lato o chi gestisce le lotterie nazionali e quelle istantanee nulla ha da rispondere, in quanto sono proventi di altre forme di gioco legalizzato dallo Stato, ma che non aspettano dagli articoli dal 69 al 78, che prevedono e contemplano tutti i trasferimenti di finanze dallo Stato centrale alle nostre istituzioni regionali e provinciali, assolutamente non sono contemplati.

Senza andare per il sottile, questo ordine del giorno chiede di proporre in tutte le sedi competenti la questione relativa ai proventi delle lotterie riscosse in Regione ai fini di applicare la norma dello Statuto che prevede di devolvere i 9/10 alla Regione stessa.

A questo risultato ci si potrebbe arrivare tramite due strade: una è quella di chiedere alla Corte costituzionale una interpretazione autentica dello Statuto, dove si debba intendere il termine dell’art. 69 ‘lotto’ come senso lato e pertanto estensibile alle altre forme di lotteria, questa è una delle soluzioni; la seconda è di carattere più amministrativo, dove ai sensi della quota variabile, che è una quota ancora negoziata di anno in anno, se non vado errato ex art. 78 dello Statuto, però qui si dovrebbe dire immediatamente che si rinuncia come Regione ai proventi e li si devolve direttamente alle due Province... Guardate che l’importante è arrivare a non perdere questo gettito, poco importa anche agli estensore dell’Ordine del giorno che queste risorse alimentino il fondo regionale o alimentino i fondi delle relative due Province, per cui arrivare nella fase di contrattazione a chiarire definitivamente che i proventi delle lotterie devono tornare a casa, cioè dove questa entrata si produce e pertanto negoziarla a quel livello.

La terza strada, che sarebbe la più garantista, ma anche la più lunga, potrebbe essere quella di aggiungere un comma o una spiegazione all’interno dell’art. 69, lettera c) dove, dopo la parola ‘lotto,’ venisse aggiunto il termine ‘lotteria’.

Quale strada scegliere a noi poco importa, lasciamo alla responsabilità dell’assessore al bilancio, del Presidente della Giunta di percorrere la strada del negoziato amministrativo, la strada dell’interpretazione della norma estensiva, a questo punto, della Corte costituzionale oppure della riforma statutaria breve, molto semplice, - io dico breve ma sappiamo bene le lungaggini che vi sono per qualsiasi tipo di riforma statutaria - lasciamo in ogni caso la strada alla Regione, l’importante è che non è interesse esclusivo - e questo lo vogliamo rimarcare - dei proponenti l’Ordine del giorno, perché qui non ne va e non ne viene ad una formazione politica - concludo, signor Presidente -, ma sono delle grosse cifre che probabilmente per quest’anno saranno circa di una quarantina di miliardi, non sono poche cose, che in questo momento prendono il volo, cioè che non sono nelle disponibilità delle casse di questa regione, sarà interesse forse della maggioranza, cioè di chi gestisce questa istituzione, avere la disposizione di queste risorse che, ripeto, sono scappate fra le maglie di questo

Statuto e di questo sistema amministrativo che permette allo Stato di non rispettare a volte anche i dettami statutari modificando leggermente, per esempio, un gioco; un gioco era monetizzabile e sarebbe rientrato come proventi, un altro gioco no, spostando tutto l'interesse, battage pubblicitario o quant'altro o anche per questioni di mode, di momenti o di costumi che cambiano, vediamo che le istituzioni regionali o provinciali vedono penalizzate le proprie risorse. Questo come legislatori dobbiamo immediatamente impedirlo.

Credo di aver spiegato a sufficienza l'importanza di non vedere perdere soldi e speriamo che la nostra maggioranza accetti questo nostro suggerimento.

**PRÄSIDENT:** Danke! Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, dann gebe ich das Wort zur Replik dem Präsidenten des Ausschusses.

Bitte, Präsident Grandi.

**GRANDI:** Devo dire, signor Presidente e collega Divina, che in riferimento a questo ordine del giorno si pongono dei problemi, perché da un punto di vista strettamente giuridico occorre fare una distinzione tra il lotto pubblico e le lotterie nazionali. Si tratta di due fattispecie diverse che sono regolamentate da due regi decreti legislativi che risalgono uno al 1938, quello che regola la materia del lotto, e al 1948 quello che regola la materia delle lotterie nazionali, poi per la verità abbiamo avuto anche delle successive modificazioni. Queste due normative quindi disciplinano due fattispecie diverse e di conseguenza gli introiti sono normati da diversi capitoli di bilancio e questo vale anche per le modalità di introito nel bilancio dello stato, quindi due sono le fonti in entrata nel bilancio dello stato.

Devo poi fare riferimento al nostro Statuto segnatamente all'art. 69, lettera c). Nel nostro Statuto si fa riferimento solamente ai proventi del lotto e questo fa sì che una estensione anche alle entrate derivanti dalle lotterie dovrebbe postulare una modifica dello Statuto o quanto meno una norma di attuazione.

Devo inoltre fare presente, come terza argomentazione, che i 9/10 delle lotterie oggi finiscono nelle casse delle province autonome, quindi saremmo ben lieti di poter accogliere questo ordine del giorno e di introitare come regione anche il provento dalle lotterie, però finiremmo per creare non pochi problemi alle casse e quindi alle entrate delle due province autonome, tutt'al più si potrebbe ragionare attorno a quell'1/10 che rimane fuori, semmai è lì che possiamo incunearci, però per poterci incunearci c'è bisogno di modificare lo Statuto o di disporre di una nuova norma di attuazione.

Allora credo che a questo punto, poiché lei ha sollevato un problema reale e importante, così come è formulato non possiamo certo accoglierlo e non possiamo certo fare in modo che nasca una sorta di contenzioso tra noi e le due province, quello che può essere fatto è o sospendere l'ordine del giorno o non trattarlo in questa circostanza e segnalare la questione alla competente Commissione dei 12, in modo che in quella sede possa essere affrontato questo problema dell'1/10 e vedere di emanare una specifica norma in quella sede.

Non vorrei che questo ordine del giorno, al quale, ripeto, annetto una certa importanza, perché tocca la politica delle entrate, fosse bocciato, sarebbe bene che fosse materia che viene temporaneamente sospesa e che della questione fosse interessata quanto meno la Commissione dei 12.

**PRÄSIDENT**: Möchten die Einbringer noch einmal replizieren?

Bitte, Abg. Divina.

**DIVINA**: Non è intenzione nostra proseguire per arrivare ad un nulla di fatto. Se il Presidente è convinto che si possa proporre in sede di Commissione dei 12 la questione per vedere in ogni caso di migliorare gli introiti di questa Regione o delle nostre Province, gli estensori dell'ordine del giorno sono lieti e penso che il Presidente abbia preso per un dato di fatto qualche cosa che forse impropriamente è stato elaborato dagli uffici, a noi non risulta che i proventi di questo tipo di lotterie siano incamerati dalle due Province, anche perché il Presidente giustamente ha fatto riferimento alle due normative che disciplinano gli istituti, la legge del 1938 che regolamenta il gioco del lotto ed una del 1948 che regolamenta le lotterie, ma è dal 1983 che esistono queste nuove lotterie che non sono lotterie nazionali e che non sono lotto, che sono un qualcosa di ancora diverso e per le quali serve una connotazione. Se dovessi connotare la lotteria istantanea la avvicinerei più ad un gioco come il lotto che non una lotteria con estrazione, con monte premi particolare, ma che in ogni caso prevede una procedura relativamente lunga.

Se il Presidente ritiene che incaricando i nostri commissari per addivenire a questo fine, gli estensori dell'ordine del giorno sono favorevoli e vorrebbero a questo punto proporre al Presidente di modificare il dispositivo di questo ordine del giorno nel senso che egli propone: di dare incarico alla Commissione dei 12 di valutare la questione e come obiettivo il mio suggerimento è di non arrecare alcun pregiudizio alle casse regionali e provinciali da una nuova fonte di reddito per lo Stato che agli atti possiamo dire non aver concordanza sull'afflusso o meno di un provento nelle casse di una delle nostre istituzioni. Se il Presidente accetta questa modifica, se concordiamo nei fini, proporrei di fare così.

**PRÄSIDENT**: Nachdem der Ausschuß einverstanden ist, gemeinsam einen Änderungsantrag zu formulieren, möchte ich dem Raum und Zeit geben. Ich würde sagen, daß wir diesen Antrag inzwischen aussetzen, damit die Änderung formuliert werden kann, dann kehren wir zu diesem Antrag zurück.

Zur Prozedur, Abg. Benedikter?

**BENEDIKTER**: Im beschließenden Teil steht: "bei allen zuständigen Stellen die Frage der in der Region vereinnahmten Erträge aus den Lotterien vorzubringen". Das genügt ja auch für die 12er-Kommission. Da braucht man meiner Ansicht nach gar nichts abzuändern. Eine der zuständigen Stellen ist gemäß Präsident Grandi die 12er-Kommission.

**PRÄSIDENT**: Jetzt wird daran formuliert, und bitte bringt mir dann einen Text, den ich zur Abstimmung bringen kann.

Die Abg. Zendron ist jetzt hier. Wir haben Ihre Tagesordnung wunschgemäß bei der letzten Sitzung ausgesetzt und würden - wenn Sie einverstanden sind - jetzt auf Ihre erste Tagesordnung über die Volksinitiativen zurückkehren.

Darf ich Sie bitten, den Antrag zu verlesen und gleich zu erläutern.

**ZENDRON**: Grazie, signor Presidente. Signor Presidente, la voglio ringraziare per avere aspettato l'altra volta che io fossi presente per illustrarla.

“Ordine del giorno al disegno di legge n. 75 (bilancio 1997)

E' passato più di un anno da quando al Presidente del Consiglio regionale è stato consegnato un progetto di legge di iniziativa popolare che introduce forme di democrazia diretta nel nostro ordinamento.

La discussione si è già conclusa in commissione e la proposta è all'ordine del giorno del Consiglio.

Ora le migliaia di cittadini che hanno firmato per rendere possibile la presentazione della proposta, aspettano che il Consiglio la prenda in considerazione. Questa aspettativa non può essere delusa e non si può correre il rischio che si arrivi alla fine della legislatura senza che la proposta di legge sia stata presa in considerazione.

Un tanto premesso, il Consiglio della Regione Trentino-Alto Adige si impegna e impegna il suo presidente a discutere il disegno di legge di iniziativa popolare che introduce forme di democrazia diretta entro i prossimi sei mesi.”

**PRÄSIDENT**: Abg. Zendron, Sie können den Antrag gleich erläutern.

**ZENDRON**: Grazie, signor Presidente. Benché la richiesta sia chiara, abbiamo già provato una volta ad anticipare rispetto al punto in cui è inserita all'ordine del giorno la discussione di questi due disegni di legge, come voi sapete sono state raccolte 8 mila firme dai cittadini di questa Regione per la presentazione di questi due disegni di legge e credo sia un obbligo morale, ma anche un fatto di semplice giustizia, che questo Consiglio non continui a rimandare la discussione di questo disegno di legge. Ci rendiamo conto che ci sono anche dei problemi o delle cose più urgenti che possono essere anticipate, però credo che dobbiamo dare ai cittadini una risposta, una certezza che la loro proposta di iniziativa popolare verrà discussa entro un tempo ragionevole. Faccio appello al Presidente del Consiglio, perché è una cosa che riguarda il Presidente del Consiglio molto di più che non la Giunta, la Giunta può dare la sua disponibilità a discutere entro un certo periodo di tempo e vorrei dire che la Giunta, in particolare il Presidente della Giunta o l'assessore competente, Wanda Chiodi, possono dare dei suggerimenti dei tempi entro cui pensano sia possibile discutere, noi abbiamo proposto 6 mesi, ma possono anche essere 8 mesi, intendo dire che un paio di mesi in più non sono un problema, l'importante è che non si arrivi alla fine della legislatura senza avere preso in considerazione questo disegno di legge. Troverei veramente gravissimo ed



anche un segno di disprezzo verso la popolazione, approfittando anche della distrazione del modo con cui spesso nell'opinione pubblica viene segnalata l'urgenza dei problemi, che non corrisponde a quello che effettivamente la gente sente come le proprie priorità; ora qui la popolazione con una raccolta di firme molto considerevole ha proposto una sua priorità, cioè l'inserimento di elementi di democrazia diretta nel nostro ordinamento; credo che meno che meno noi, che vediamo quanto sia difficile portare avanti la discussione in seno a questa Assemblea legislativa, a maggior ragione dovremmo porci il problema delle regole di base che permettono al cittadino di essere preso in considerazione e ai suoi bisogni di trovare un momento di attenzione all'interno delle istituzioni della democrazia e penso che il fatto di rimanere indifferenti e di non porsi il problema di un impegno a discutere una proposta accompagnata da 8 mila firme sia una cosa molto grave, spero che l'indifferenza che vedo adesso sulle facce di tutti gli assessori ed anche in aula, che mi lascia piuttosto perplessa, perché mi aspetterei una maggiore attenzione nei riguardi di queste migliaia di cittadini che hanno firmato e che sono stati per le strade con i tavolini al freddo a raccogliere le firme e che adesso vedono sparire, allontanarsi, non rifiutarsi di prendere un impegno vero e in qualche maniera concreto rispetto alla loro proposta; veramente vi chiedo di dare una risposta, di dire o di sì o di no non sul merito, perché sul merito è compito dell'Assemblea legislativa discutere e dare una risposta, ma chiedo al Presidente del Consiglio, perché questo ordine del giorno è rivolto espressamente a lui, di impegnarsi di fronte all'opinione pubblica e ai presentatori del disegno di legge semplicemente a discuterlo, che credo dovrebbe essere scontato ed ovvio, e per questo dispiace dover presentare un ordine del giorno, però questo disegno di legge di iniziativa popolare sta all'ordine del giorno da parecchio tempo, è stato molto frettolosamente ed insufficientemente trattato nella Commissione legislativa, e questa anche è una cosa che bisogna fare notare in questa sede, ma forse è anche giusto che, visto il numero alto di cittadini che vi si sono impegnati, la discussione avvenga nel plenum, cioè nel luogo dove sono rappresentate tutte le forze politiche, però è assolutamente importante che il Presidente del Consiglio di fronte all'opinione pubblica si impegni a porre un termine entro il quale certamente verrà trattato questo disegno di legge. Ripeto, indipendentemente dalle posizioni che verranno prese, perché si può essere a favore o contro, si possono fare tutte le modifiche che si vogliono, non è sul contenuto che stiamo decidendo, è semplicemente sul fatto che, se non ci impegniamo entro la fine della legislatura a trattare questo disegno di legge entro un tempo ragionevole noi rendiamo vano anche un'iniziativa popolare, cioè rendiamo inutile un impegno, una mobilitazione, un'iniziativa dei cittadini per proporre qualcosa che sta loro a cuore e che costituisce per loro una priorità e credo che questo non ce lo possiamo permettere, perché sarebbe da leggersi come un segnale di disprezzo verso la volontà popolare. Ripeto, non chiediamo qui un impegno sul contenuto del disegno di legge presentato, chiediamo un impegno a trattarlo e a trattare rispettosamente la volontà espressa da 8 mila cittadini di questa terra, che non sono poi una cifra ridicola, una bagattella, ma sono una porzione considerevole dell'opinione pubblica locale e che quindi ha diritto ad essere presa seriamente in considerazione da questo Consiglio.

Vorrei anche dire che la decisione non spetta in questo caso alla Giunta, che può esprimere un parere, ordinando le sue diverse priorità, ma spetta al Presidente del Consiglio, dal quale - ripeto - mi aspetto che ci possa essere una correzione del numero dei mesi, se vuole mettere 8 mesi invece di 6, perché teme che non si riesca a rispettare questo limite, però a mio parere non può non impegnarsi mettendo un limite di tempo senza lasciare che questa proposta di legge rimanga in un ordine del giorno immenso, che non riusciamo a smaltire, abbiamo almeno un'ottantina di punti - credo, non ho sott'occhi l'ordine del giorno -, insomma una quantità enorme di punti che sappiamo bene non potremo portare a termine alla fine della legislatura e credo che qui, poco dopo la metà della legislatura, sia indispensabile che definiamo quali sono le priorità ed io - ripeto - fra le priorità ritengo che assolutamente debba esserci il rispetto della volontà popolare e la presa in considerazione della volontà degli 8 mila cittadini che hanno firmato per poter proporre questo disegno di legge.

**PRÄSIDENT:** Abg. Benedikter, bitte.

**BENEDIKTER:** Wir haben eine Tagesordnung mit 88 Punkten, darunter 11 Gesetzentwürfe. Meiner Erfahrung seit 1948 nach ist der Regionalrat in erster Linie dazu da, Gesetze zu verabschieden, ganz gleich, ob sie jetzt vom Ausschuß oder von Abgeordneten des Regionalrats stammen. Mich wundert, daß man nicht in erster Linie die Gesetzentwürfe erledigt, ganz gleich wie, aber erledigt müssen sie werden und sie dürfen nicht jahrelang auf der Tagesordnung stehen. Da kann man nicht der sogenannten Opposition die Schuld geben, ich weiß nicht, was das für eine Politik ist. Der Regionalrat der Region Trentino-Südtirol ist doch verpflichtet, in erster Linie Gesetzesentwürfe vor den Beschlußanträgen zu behandeln und zu erledigen, ob er sie dann genehmigt oder nicht, das ist eine andere Frage.

Daher kommt mir vor, daß dieser Gesetzentwurf schnellstens behandelt werden muß, und zwar nicht nur, weil er 8.000 Unterschriften trägt, sondern als Gesetzesentwurf. Wir haben seinerzeit bei der Verabschiedung der Gemeindeordnung beantragt, daß die Gemeinden mit nicht mehr als 10 Prozent der Unterschriften etwas verlangen dürfen und nicht so wie jetzt die Gemeinde, die an Meransen interessiert ist, eben 20 Prozent festgesetzt hat, damit verhindert werden kann, daß eine Volksbefragung in der Gemeinde stattfindet.

Also bin ich der Ansicht, daß wir wirklich alle Gesetzentwürfe schnellstens so oder so erledigen sollten und daß der Präsident des Regionalrates dafür sorgen muß, daß Gesetzentwürfe in einer Tagesordnung von 88 Punkten nicht einfach untergehen. Wir sagen ja, die Region muß abgeschafft werden und die Region selber beweist es ja, denn so wie in dieser Legislaturperiode ist es noch nie gewesen - siehe die Übernahme des staatlichen Handelskammergesetzes nach drei Jahren - sie tut nichts und die Gesetzentwürfe bleiben einfach jahrelang auf der Tagesordnung. Und zwar nicht, weil sich die Opposition dem widersetzt oder Obstruktion betreibt, sondern einfach weil man nicht will und damit ist der beste Beweis erbracht, daß dieser Regionalrat keinen Sinn mehr hat.

**PRÄSIDENT**: Der nächste Redner ist der Abg. Atz. Er hat das Wort.

**ATZ**: Danke, Herr Präsident! Zu dieser Tagesordnung müssen wir schon einmal ein paar Informationen geben. Zum ersten hat die Kommission daran gearbeitet. Es ist also nicht so, daß wir im Regionalrat nicht gearbeitet hätten, weil die Kommission wohl zum Regionalrat gehört und sie hat auch Anhörungen gemacht. Wir haben also zur Volksbefragung und zu diesem Thema gearbeitet und die Kommission ist dann mehrheitlich zum Schluß gekommen, den Übergang zur Sachdebatte abzulehnen, d.h. praktisch, daß die Kommission diesen Antrag abgelehnt hat. Aber dazu muß ich einfach ein paar sachliche Informationen geben.

Dieser Beschlußantrag hat z.B. vorgesehen, daß es Volksbefragungen gibt, die Gesetze einführen können. Wir wissen alle, daß eine Volksbefragung nur „Ja“ oder „Nein“ sagen kann. Jetzt müssen wir uns einmal genau überlegen, was da passiert wäre. Da wäre passiert, daß ein paar Leute, wenn überhaupt, ein Gesetz geschrieben hätten, das über jegliche Rechte, z.B. über Minderheitenrechte geht. Dann hätte man mit ein paar Unterschriften erreichen können, daß man zu diesem Gesetz „Ja“ oder „Nein“ sagt, ganz unabhängig, was dieses Gesetz dann für Folgen hat, ob Minderheitenschutz oder was auch immer. Dazu kann einfach keiner erwarten, daß die Mehrheit „Ja“ sagt. Aber nicht, weil es die Mehrheit irgendwo stören würde, sondern einfach weil man auch im Sinne der Rechtsprechung und des Rechtes aufpassen muß, daß man nicht irgendwelche Situationen ändert, die dann wieder viel Unrecht heraufbeschwören würden.

Deshalb hat die Mehrheit in der Kommission „Nein“ gesagt und jetzt komme ich zu diesem Beschlußantrag oder Tagesordnungsantrag der Kollegin Zendron, die sagt, daß innerhalb einiger Monaten bzw. innerhalb eines Jahres dieses Gesetz verabschiedet werden soll. Sie wissen alle in dieser Aula, daß wir hier sehr wichtige Gesetze zu verabschieden haben. Ich muß nicht nur an die Geschäftsordnung oder an das Gemeindevahlgesetz erinnern, das auch noch mitten drinnen hängt und erledigt werden muß oder an die Bürgermeisterdiäten oder jetzt an das große Sozialpaket. Ich glaube, daß jeder hier im Saal weiß, daß dieses Sozialpaket sehr dringend ist. Wenn ich dann aber den Kollegen Benedikter höre, der da sehr scheinheilig sagt, der Regionalrat muß die Pflichten erfüllen und die Pflichten des Regionalrates sind die Gesetze zu erledigen, dann... Das waren seine Worte. Ja, was tun wir denn? Wenn uns gewisse Kollegen der Opposition hier nicht blockieren würden, dann hätten wir viele Gesetze weitergebracht. Aber hier kommt man eben nicht weiter. Machen Sie doch einmal Gewissenserforschung, wieviel Gesetze Sie 1995 und 1996 schon blockiert haben, mit einfachsten, augenscheinlichen und billigen Methoden.

Deshalb werden wir absolut gegen diesen Tagesordnungsantrag stimmen. Wir sind selbstverständlich für Basisdemokratie und ich darf Ihnen versichern, daß es innerhalb der Mehrheit sehr viele Leute gibt, die in diese Richtung nachdenken, die auch Papiere produzieren und die auch Gesetze produzieren werden. Aber nicht so billige Demagogien.

Deshalb werden wir dagegen stimmen.

**PRÄSIDENT**: Ist noch jemand, der das Wort möchte?

Abg. Benedikter, es ist nicht vorgesehen, daß man zweimal interveniert. Zu den Tagesordnungen darf man einmal intervenieren und zwar pro Fraktion ein Abgeordneter fünf Minuten. Das ist schon geschehen.

Zur persönlichen Angelegenheit schon, bitte.

**BENEDIKTER**: Die "Scheinheiligkeit" besteht darin, daß ich mich einsetze, daß alle Gesetzentwürfe behandelt werden, - Sie haben sie liegengelassen, Sie betreiben sie nicht - nicht nur den, der die Volksbefragung betrifft. Auf der anderen Seite heißt es, daß die Gesetze mit billigen, populistischen Argumenten usw. nicht behandelt zu werden brauchen, sagt die Südtiroler Volkspartei. Also der Entwurf, der vorsieht, daß 8.000 Unterschriften eingebracht werden müssen, damit ein Gesetz behandelt wird, den brauchen wir nicht zu behandeln.

Ich frage: wer hat da blockiert? Niemand hat blockiert. Das sind billige Argumente, mein lieber Schwan.

Daher protestiere ich gegen diese Aussagen. Die SVP blockiert den Gesetzentwurf über die Volksbefragung. Das ist eine Tatsache. Danke!

**PRÄSIDENT**: Jetzt gebe ich dem Abg. Taverna das Wort.

**TAVERNA**: Signor Presidente, onorevoli colleghi, Alleanza Nazionale non può dire la sua sull'ordine del giorno presentato dai colleghi rispetto alla necessità di sensibilizzare il Consiglio su un obiettivo che a mio giudizio non può essere eluso e che l'Assemblea legislativa si debba necessariamente occupare di disegni di legge di iniziativa popolare mi pare che sia una cosa quasi scontata ed addirittura potrebbe sembrare banale intervenire a sostegno di un siffatto ordine del giorno, ma banale non è proprio perché questo ordine del giorno mette in rilievo un aspetto della vita interna di questa Assemblea che sicuramente non può definirsi idilliaco da un punto di vista del rispetto non soltanto del diritto all'iniziativa legislativa ordinaria, ma soprattutto del rispetto al diritto di iniziativa popolare. Quindi Alleanza Nazionale è favorevole, affinché si giunga attraverso un accordo delle forze politiche alla definizione di una corsia preferenziale per quanto riguarda il disegno di legge di iniziativa popolare, evidentemente questo appello e questa dichiarazione non possono che trovare un punto di riferimento sia nei confronti della Presidenza del Consiglio, che è chiamata alla formulazione dell'ordine del giorno, ma non può non trovare nemmeno un punto di riferimento nella figura del Presidente della Giunta regionale, il quale a capo della maggioranza dovrebbe essere particolarmente sensibile affinché questo argomento venga discusso dall'Assemblea legislativa nel più breve tempo possibile, perché non può essere vanificato il diritto-dovere del corpo elettorale di essere protagonista anche per quanto riguarda, così come afferma la Costituzione e come affermano le leggi, di una propria autonoma iniziativa legislativa.

Concludo, non voglio polemizzare con nessuno - ci mancherebbe altro -, prendo atto del fatto che esiste la prassi della corsia preferenziale per quanto riguarda i disegni di legge della Giunta, si dovrebbe consentire che i disegni di legge siano trattati alla stessa stregua a prescindere da chi è il promotore o il firmatario dell'iniziativa legislativa, sia nei confronti di quella ordinaria che nei confronti di quella popolare.

Inoltre consentitemi alla fine - soltanto alla fine - di spendere due secondi per quanto riguarda la cosiddetta responsabilità. Signor Presidente della Giunta, chi è senza peccato scagli la prima pietra, non intendo addossare ad alcuno responsabilità, però voglio rigettare al mittente, sia pure con garbo, cortesia e simpatia, le accuse che sono state rivolte in modo, a mio giudizio, imprudente, così come le abbiamo sentite pochi istanti fa.

**PRÄSIDENT:** Die nächste Rednerin ist Frau Assessor Chiodi.

**CHIODI:** Queste proposte di legge che sono iscritte al lungo ordine del giorno dei lavori di quest'aula, dico lungo, perché non sono in posizione arretrata, abbiamo sul tappeto molte iniziative, di ordini del giorno e di mozioni che forse, se i lavori di quest'aula non cambieranno avremo una grande difficoltà a portare avanti.

Sono arrivata ed ho avuto occasione di incontrare i proponenti di queste proposte ed ho anche avuto occasione di parlare con i cons. Zendron, Kury e Passerini in merito a questo ordine del giorno. Probabilmente sono nata ottimista e morirò ottimista, in questo Consiglio regionale stiamo facendo una modifica al regolamento, che ci permetterà senza ombra di dubbio di accelerare, se tutti rispondono a quelli che hanno detto all'interno di quella Commissione, ci permetterà senza ombra di dubbio di accelerare i nostri lavori e ci permetterà di dare risposte a molti argomenti che stanno aspettando di essere trattati da questo Consiglio, perché non c'è ombra di dubbio che, soprattutto negli ultimi tempi, il nostro lavoro non ha visto una particolare velocità, lo possiamo vedere anche dalla discussione di questo bilancio, cui stiamo dedicando molto più tempo che in passato, forse è più interessante.

Volevo anche dire che il percorso di queste proposte di iniziativa popolare per certi versi l'ho già trovato fatto, erano già uscite dalla Commissione e le ho trovate sul tavolo del mio assessorato, ho già incontrato i referenti, non sono passaggi facili né quanto meno estremamente chiari, perché probabilmente qualcosa non ha funzionato nel momento della verifica, però anch'io sono dell'idea che tutti devono avere una risposta quando propongono qualche cosa, allora, al di là di tutto, credo che, pensando a come cambieremo il regolamento, perché io, si voglia o meno, lavoro in quella Commissione e ci credo che tutti noi ci siamo presi l'incarico di modificare la procedura dei nostri lavori, credo che arriveremo a dare una risposta in quest'aula a queste proposte, arriveremo a dare la risposta a queste, che sono importanti perché il cittadino ce lo chiede, ma dobbiamo anche arrivare a dare la risposta a molte altre iniziative che ci sono sul tappeto, che sono richieste oltre che dalle forze politiche che siedono in quest'aula, anche dai cittadini.

Allora credo che in qualche verso assolutamente non saremmo reali se pretendessimo questa risposta in 6 mesi e probabilmente nemmeno in 8, perché se i lavori vanno avanti così non ce la faremmo senz'altro, però credo che un impegno di poter raggiungere l'obiettivo entro la fine del '97 o all'inizio del '98, un momento per dare una risposta a queste proposte lo si può prendere, ma non solo a questo tipo di iniziative, credo anche ad altre che ci servono, che abbiamo bisogno che vengano discusse e che ad un certo punto anche questo Consiglio si renderà conto che in fin dei conti siamo qui per dare delle risposte ai cittadini e dovremmo cambiare anche il nostro metodo di lavoro.

**PRÄSIDENT:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. ...Abg. Benedikter, Geheimabstimmung? Wer schließt sich diesem Antrag an? Es sind genügend, somit ist der Antrag auf Geheimabstimmung genehmigt.

Zunächst eine kurze Replik meinerseits. Es ist hier das Präsidium und der Präsident des Regionalrates angesprochen worden. Ich muß Ihnen sagen, ich bin auch der Meinung, daß Volksbegehren und Volksinitiativen von den demokratischen Einrichtungen mit der notwendigen Aufmerksamkeit entgegenzunehmen sind, weil natürlicherweise in jeder Demokratie das Volk der eigentliche Inhaber der Gewalt ist, wie es in der Verfassung heißt, und somit auch der oberste Gesetzgeber. Wir haben deshalb als Präsidium, als die Anträge eingereicht worden sind, sofort das Thema auf die Tagesordnung gesetzt und auch zwei Verfassungsrechtler mit der Behandlung und Untersuchung der Frage beauftragt. Das Präsidium hat nämlich die Aufgabe, ähnlich wie es in Rom bei Referenden die Gerichtsbarkeit tut, die Zulässigkeit der entsprechenden Initiativen zu prüfen. Ich muß Ihnen sagen, daß beide Rechtsgutachten, die uns vorgelegt worden sind, negativ waren, d.h. es sind sehr schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken ausgesprochen worden, weil eine Reihe von darin enthaltenen Bestimmungen den Bestimmungen der italienischen Verfassung entgegenstehen und über die Grenzen des Autonomiestatutes hinausreichen würden. Soweit die Rechtsgutachten, die Sie gerne haben können, Abg. Zendron.

Das Präsidium hat aber in dieser Sitzung auf meine Empfehlung hin trotzdem beschlossen, die Prozedur weiterzuverfolgen und nicht die Initiativen abzublocken, obwohl es in ihrer Möglichkeit, ja fast schon in ihrer Pflicht gestanden wäre, mit dem einfachen Hinweis darauf, daß es die demokratischen Organe des Regionalrates - die Gesetzgebungskommissionen und der Regionalrat selbst - sein sollen, die mögliche politische Wertungen setzen und möglicherweise auch die rechtlichen Bedenken durch Abänderungsanträge ausräumen können. Deshalb haben wir das Ganze an die Kommission weitergeleitet. Dies zur Prozedur.

Es ist dann, was die Termine betrifft, im September dieses Jahres seitens der Abg. Zendron hier im Regionalrat der Antrag gestellt worden, den Punkt vorzuverlegen. Wie Sie wissen, ist dieser Punkt von der Aula abgelehnt worden, sodaß ich als Präsident und Vertreter des Präsidiums mit äußerster Vorsicht alle diese Bemühungen entgegennehmen muß, weil natürlicherweise der Regionalrat selbst und die Aula das höchste Organ ist.

Damit sind wir bei der politischen Wertung. Neben den Bemühungen des Präsidiums, das Thema zu bringen und Ihrer Bemühung, die ich anerkennen möchte, das auch vorzuverlegen, bleibt natürlicherweise die politische Wertung offen, dagegen zu sein, es nicht zu behandeln bzw. es hinauszuzögern oder es zu behandeln. Ich glaube, daß man schon - ohne jetzt in dieses Meritum einzutreten - als Präsidium sagen kann: wir sind interessiert daran, daß alle Punkte der Tagesordnung möglichst bald behandelt werden. Aber richtigerweise hat Frau Assessor Chiodi darauf hingewiesen, daß wir zur Zeit 90 Punkte auf der Tagesordnung haben. Es ist also nicht schlechter Wille und dieser Punkt wäre rein vom Formalrechtlichen her an 53. bzw. 54. Stelle. Der Vorschlag, der gemacht worden ist, innerhalb des nächsten Jahres, kann von mir aus gut gehen. Entscheiden muß darüber natürlicherweise die Aula. Ich werde alles tun, wenn die Aula das beschließt, um den Beschluß auch möglichst umzusetzen und eine Vorverlegung im Rahmen der Möglichkeiten zu erzielen und damit auch der Diskussion die Tore zu öffnen. Wie es dann ausgeht, liegt natürlicherweise bei der Mehrheit des Regionalrates.

Damit hat die Abg. Zendron das Wort.

**ZENDRON:** Presidente, sono profondamente delusa, soprattutto non tanto per il risultato di questa discussione, ma per il suo livello e mi dispiace molto che sia stata richiesta la votazione segreta, perché vorrei che di fronte all'opinione pubblica ognuno si prendesse le proprie responsabilità ed è troppo comodo andare a dire a tutti 'noi siamo favorevoli alla democrazia diretta, ai referendum, eccetera' quando in quest'Aula non solo abbiamo sentito un livello di discussione da parte del capogruppo del S.V.P. del tutto inaccettabile, in cui ogni discussione in quest'aula da due anni viene definita demagogia a basso prezzo; la demagogia a basso prezzo sarà quella che fa lui, noi siamo qui per portare le nostre opinioni e le opinioni delle persone che rappresentiamo e che ci hanno votato e credo che in un'Assemblea legislativa, dove ognuno sarebbe obbligato a portare le proprie opinioni ed a rispettare quelle degli altri sia vergognoso che l'unico argomento che si porti sia sempre e solo questo, non abbiamo sentito nessun'altra motivazione seria nel non accettare questo ordine del giorno.

Quanto detto dall'assessore Wanda Chiodi ci fa chiedere per quale ragione non possa, chiedendo uno spostamento di questi 6 mesi in 8 mesi o in un anno, accettare questo impegno, non è possibile dire che con la modifica del regolamento riusciremo a trattare tutti e 90 i punti, ci sono altri punti importanti in questo ordine del giorno, non è vero che i punti importanti sono quelli che vanno a gloria dei presentatori di disegni di legge della maggioranza, i punti importanti sono anche quelli - secondo la nostra legislazione attuale - che vengono proposti dai cittadini con disegni di legge di iniziativa popolare. Che il Presidente Peterlini dica che due pareri dichiarano l'inammissibilità dei due disegni di legge è una cosa su cui il Presidente del Consiglio non ha competenza, perché il Presidente del Consiglio deve prendere in considerazione il fatto del merito, se lo vede nella riunione di gruppo del suo partito, ma non può venire qui in aula a parlare del merito di un disegno di legge che è stato presentato per iniziativa popolare; sono proprio scandalizzata dal fatto che si tratti con una tale leggerezza e con una tale

mancanza di rispetto le richieste dei cittadini, che non sono - lo ripeto - da condividersi nel contenuto, probabilmente anche noi avremo delle proposte di modifica di questo disegno di legge di iniziativa popolare, ed altri, addirittura la Giunta, possono avere come scelta politica quella di bocciarlo, quando si tratta della discussione nel merito, però rifiutarsi di prenderlo in considerazione, di dare ai cittadini tempi certi, perché non è ammissibile che qui si dica 'sì, lo tratteremo', i cittadini hanno diritto di avere dei tempi certi e questi sono stati rifiutati, per noi dimostrazione che non si vuole affatto prendere in considerazione la questione, in quanto sappiamo che, se non c'è un impegno da parte del Consiglio, difficilmente si arriverà, vista la mole del lavoro che ci si prospetta, a riuscire a realizzare questa cosa, che poi tutto venga subordinato a quella famosa modifica del regolamento che soddisferebbe il modo strano con cui viene intesa la democrazia del capogruppo del S.V.P. e cioè niente discussione, in aula stanno tutti zitti così le leggi vanno avanti, se questo è il concetto di democrazia che prevale in quest'aula non si può altro che rimanere sconcertati e non si può altro che aspettarsi che sempre a maggior ragione i cittadini debbano fare ricorso a cose che avvengono fuori dall'aula, a movimenti di piazza, iniziative referendarie, ad appelli generici, visto che i loro eletti nelle assemblee legislative deputate a questo non li ritengono degni di essere presi in considerazione in tempi ragionevoli, o comunque non ritengono di prendere in considerazione nessun tempo, perché, - diciamolo francamente -, il fatto che non si voglia stabilire un termine significa che si arriverà alla fine della legislatura senza avere discusso questo disegno di legge e questo mi sembra un ulteriore segnale di un degrado impressionante di questa Assemblea legislativa e della Regione.

**PRÄSIDENT:** Ich kann jetzt keine Erklärungen mehr zulassen. Die Abg. Zendron hatte als Letzte das Wort, sie ist die Einbringerin.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Ich wollte noch mitteilen, daß die beiden Gutachten, die ich erwähnt habe, einmal von Falcon und einmal von der Staatsadvokatur - ich habe mich vorhin an den zweiten Namen nicht erinnert, entschuldigen Sie vielmals- aufliegen.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel. Zur Abstimmung kommt der Antrag der Abg. Zendron, innerhalb von 6 Monaten die Volksinitiativen im Regionalrat zu behandeln.

Ich bitte um den Namensaufruf.

**DENICOLO'**: (Sekretär):(ruft die Namen auf)  
(Segretario):(fa l'appello nominale)

**Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter**  
**Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE:** Comunico l'esito della votazione dell'ordine del giorno:  
votanti: 55  
schede favorevoli: 30



schede contrarie: 23  
schede bianche: 2

Il Consiglio approva.

Colleghi, siete pregati di prendere posto e di fare silenzio.

La parola alla cons. Zendron per la lettura dell'ordine del giorno n. 2.

**ZENDRON**: Grazie, signor Presidente.

## ORDINE DEL GIORNO N. 2

Poche settimane fa è stato depositato presso l'Ufficio della VIA (a Trento, Venezia e Roma) il progetto di prolungamento dell'autostrada della Valdstico, chiamata anche PiRuBi dai nomi dei dirigenti democristiani che ne ebbero molti anni fa l'idea. L'autostrada collegherebbe Vicenza e Rovereto, immettendo il traffico originato dal bacino industriale del Veneto nell'autostrada del Brennero.

Questo progetto si inquadra in una più vasta offensiva da parte di lobbies di industriali e di cementieri che, passata la fase di immobilità provocata dalla scoperta della vasta corruzione che va sotto il nome di "Tangentopoli", riprendono a premere per riaprire nuove vie di transito attraverso l'area alpina. In questi giorni riprende anche l'offensiva sull'Alemagna e si riparla nuovamente della Milano-Ulm.

L'utilità della PiRuBi viene messa in forse da moltissimi operatori economici e dai sindacati anche nel Veneto, ma è fortemente voluta dalla società autostradale "Serenissima", già coinvolta in gravissimi fatti di corruzione, per investirvi 2000 miliardi che le permetterebbero di prolungare la concessione con lo stato per molti anni.

La Giunta provinciale di Bolzano ha già espresso la sua contrarietà all'ipotesi di una terza corsia dell'Autobrennero, e le comunità che vivono nei pressi di questa autostrada, sia nelle due province che nel Land Tirolo, esprimono con rinnovato vigore la protesta per l'insostenibile situazione causata dall'inquinamento atmosferico e acustico.

Coloro che pensano che la realizzazione del raddoppio della linea ferroviaria del Brennero sarebbe la soluzione, sbagliano, perché, oltre ad apparire assai improbabile, comunque essa non avverrebbe prima di trent'anni (e anche allora probabilmente non risolverebbe i problemi se il volume del traffico continuasse a crescere secondo le previsioni). Occorre dare una risposta immediata al grave disagio esistente e affrontare con decisione il rischio che l'ambiente di vita delle popolazioni e le risorse siano distrutte da una politica dei trasporti economicamente sbagliata e ambientalmente insostenibile.

Pertanto

### IL CONSIGLIO DELLA REGIONE AUTONOMA DEL TRENTO-ALTO ADIGE IMPEGNA LA GIUNTA

1. ad esprimere nelle sedi opportune la sua contrarietà alla realizzazione del prolungamento dell'autostrada della Valdstico, anche perché contrastante con lo

spirito e l'impegno della mozione approvata dal Consiglio regionale l'11 giugno 1991;

2. a portare in sede di Unione Europea la richiesta di una politica dei trasporti sostenibile dall'ambiente e dalle popolazioni che vivono nel territorio della Regione.

Signor Presidente, se lei è l'accordo procederei con una breve illustrazione.

**PRESIDENTE**: Lei ha la parola e può continuare.

**ZENDRON**: Grazie, signor Presidente. Vorrei fare una breve trattazione di questo ordine del giorno, che è abbastanza articolato, perché i tempi della discussione del bilancio altrimenti andrebbero a prolungarsi moltissimo.

Chiedo con questo ordine del giorno che si prenda posizione su una questione, sulla quale si sono espresse negli ultimi tempi opinioni anche diverse, iniziativa che preoccupa la popolazione, vale a dire le rinnovate proposte di prolungare l'autostrada della Valdstico. Quello che vorrei sottolineare, al di là delle questioni ambientali che sono molto gravi, sono anche degli aspetti economici di questo prolungamento, aspetti economici che sono significativi e sono stati messi in rilievo anche dalle organizzazioni sindacali del Veneto, oltre che da quelle del Trentino. L'aspetto economico si può riassumere in queste poche osservazioni, e cioè il fatto che la Valdstico collegherebbe un bacino che non è particolarmente bisognoso di essere collegato al centro Europa, mentre sarebbe più ragionevole collegare il bacino di Asiago, che passerebbe attraverso la Valsugana. In ogni caso dietro a tutto questo, anche per quello che riguarda la Valsugana, a mio parere, comunque, dovrebbe stare un concetto di trasporto attraverso le Alpi che non investe più nella strada, ma nella ferrovia.

Ora perché questo riguarda la Regione e non solo la Provincia di Trento? Perché la costruzione di questo ultimo tratto della Valdstico porterebbe un aumento veramente forte di traffico sull'Autobrennero, che è già - come sapete - arrivata a livelli di saturazione insostenibili per la popolazione che vive vicino, tanto è vero che le stesse Province di Bolzano e di Trento, soprattutto quella di Bolzano, devo dire, stanno cercando di trovare delle soluzioni per spostare il traffico dalla strada alla rotaia, anche se anche lì ci sarebbe da dire che ci sono varie proposte per risolvere questo problema.

Quello che chiediamo venga approvato attraverso questo ordine del giorno, che poi riprende l'impegno di una mozione del Consiglio regionale dell'11 giugno 1991, una mozione presentata fra il resto dal SVP, in cui si chiede un impegno per una non ulteriore crescita del traffico su strada e uno spostamento sulla rotaia. Sappiamo che la maggioranza, anche se in modo trasversale, dei partiti presenti in questo Consiglio regionale si è di fronte alla popolazione espressa a favore di questa scelta, cioè di segnalare la propria contrarietà al prolungamento della Valdstico, anche se con posizioni differenti, ricordo che l'anno scorso c'è stata anche una delegazione dei cittadini di Besenello, anzi c'era quasi tutta la popolazione, che è venuta in Consiglio

regionale e c'era anche il Presidente Tretter, che in quella occasione si è impegnato su una posizione di totale chiusura alla costruzione di questa strada.

Chiediamo che nell'ambito della discussione sul bilancio, che mi sembra il luogo giusto per definire alcune scelte di fondo, in questo caso sulla viabilità e sul modello di sviluppo economico della nostra regione, si prenda posizione su questa questione in modo chiaro, ribadendo anche nel particolare che riguarda questa strada quella che è una scelta che in generale è stata già affermata con la mozione approvata nel 1991.

**PRESIDENTE**: Qualcuno mi ha fatto presente, collega Zendron, che la Presidenza dovrebbe non accettare questo ordine del giorno, perché tutte le competenze e anche quella urbanistica sono delle due Province, ma credo sia un atto politico, c'è anche un precedente, nel 1991 abbiamo parlato di PiRuBi e di terza corsia, credo abbia fatto bene il Presidente ad accettare questo ordine del giorno, perciò il dibattito è aperto. Qualcuno intende intervenire?

La parola al cons. Benedikter.

**BENEDIKTER**: Herr Präsident, Sie haben eigentlich schon recht: das gehört in die Zuständigkeiten der Provinzen. Aber als Begehrensantrag, der an die Zentralregierung gerichtet wird, ist aufgrund des Art. 35 nur die Region zuständig. Sonst haben Sie recht, denn ich weiß, daß die Provinz Trient in ihrem zweiten Raumordnungsplan diese Valdastico-Autobahn von Rovereto nach Vicenza nicht vorsieht. Dieser Raumordnungsplan ist ja als Landesgesetz in Kraft getreten, insofern könnte niemand, weder Rom noch Brüssel, dagegen beschließen, wenn es nicht die Provinz als solche ändert, zum Unterschied von Südtirol, wo man den Raumordnungsplan abgeschafft hat und man auf dieses Autonomierecht mit Landesgesetz verzichtet hat.

Aber im Trentino hat man jetzt beim zweiten Raumordnungsplan, der im September 1988 in Kraft getreten ist, die Valdastico-Autobahn nicht vorgesehen. Man hat das Vetorecht in aller Form ausgeübt, wie es im Autonomiestatut und in den Durchführungsbestimmungen vorgesehen war. Insofern ist dies hier allerdings ein Begehrensantrag, nicht ein Beschlußantrag, der gehört in den Landtag und insofern, wenn es heißt, "bei der Europäischen Union die Forderung nach einer Verkehrspolitik zu erheben, die für die Umwelt und für die Bevölkerung, welche in der Region lebt, tragbar ist", kann meiner Ansicht nach nur der Regionalrat beschließen. Das entsprechende Begehren muß dann zur Kenntnis gebracht werden, sei es bei der römischen Regierung sei es bei der sogenannten europäischen Regierung, also der europäischen Kommission und dem Ministerrat. Insofern ist schon der Regionalrat zuständig, wenn auch die sogenannte Raumordnung Sache der Provinzen ist, wo man in Südtirol in aller Form verzichtet hat, also auf die Ausübung des Vetorechtes z.B. was die Alemagna betrifft, man hat in aller Form darauf verzichtet.

**PRESIDENTE**: Ha chiesto di poter intervenire il collega Divina. Ne ha la facoltà.

**DIVINA**: Grazie, signor Presidente. Poche parole per dire quanto sia sciocco questo ordine del giorno. Parte da premesse sbagliate per arrivare a dispositivi ancora peggiori, addirittura che ledono gli interessi della comunità trentina, in questo caso.

Partiamo dalle premesse sbagliate. Qui si dice che ci sono le lobbies industriali che spingono per la cementificazione e per costruire le strade e dal momento che si è aperta una fase politica macabra come Tangentopoli qui non si dovrebbe più costruire nulla, già si commenta da sola la sciocchezza di questo tipo di premessa.

La seconda sciocchezza che leggiamo è che se si vuole optare per soluzioni alternative non resta che la ferrovia, ma i sottoscrittori dell'ordine del giorno dicono che anche il raddoppio della linea ferroviaria del Brennero non sarebbe la soluzione, perché non è una risposta immediata ed i tempi sarebbero lunghi, però non dicono, fra il resto, quale deve essere la risposta immediata, qui si apre una questione e la si lascia irrisolta.

I proponenti desiderano che questo Consiglio regionale si esprima in modo contrario alla realizzazione della autostrada Valdstico. Posso comprendere che una consigliere, che fa la sua battaglia partigiana, una forza politica ultra-partigiana come i Verdi possono anche non guardare tutti gli interessi in gioco e faccia la sua limitata battaglia politica, però rimettiamo al mittente dicendo: cara consigliere prima firmataria, in questo caso Zendron che sostiene questo ordine del giorno, voi pensate di tutelare gli interessi degli altoatesini, in quanto gli interessi dei trentini siamo costretti - e ribadiamo costretti - a tutelarli noi, perché quando si legge che nella Provincia autonoma di Bolzano la forza politica di maggior rappresentatività vuole costituire nel contesto di una riforma federalista un Bundesland, a questo punto i trentini devono dire: e noi quali collegamenti e quali sviluppi della nostra economia provinciale dobbiamo tenere, quando sentiamo che sull'università nulla si vuole spartire con l'università trentina, istituzione già esistente, i trentini dovranno pensare al loro futuro e alle loro istituzioni, quando sentiamo che per l'autostrada del Brennero, che è fonte sicuramente anche di introiti, Bolzano rivendica a sé la gestione dell'autonomia della politica dei trasporti, noi diciamo che sono tutti segnali inequivocabili che sottolineiamo a noi stanno benissimo, perché il futuro delle nostre istituzioni sarà il futuro della volontà delle proprie genti, se la gente dell'Alto Adige vorrà il Bundesland, ebbene sia il Bundesland, però i trentini hanno diritto, se troveranno chiusura verso nord, a trovare sbocchi alternativi, per cui i consiglieri di Bolzano tutelino gli interessi di Bolzano, che gli interessi dei trentini, dello sviluppo, dell'economia e dei trasporti dei trentini li tuteleranno i trentini.

In quanto al punto 2, che i proponenti chiedono che venga richiesta una politica dei trasporti a livello europeo, rimando al mittente, perché se la cons. Zendron avesse letto il nuovo libro bianco Delhor, che parla appunto di piano per una crescita di sviluppo sostenibile, troverebbe le risposte che pone come interrogativi.

**PRESIDENTE**: La parola al cons. Gasperotti.

**GASPEROTTI**: Grazie, signor Presidente. Brevemente, l'oggetto è un ordine del giorno che riguarda la questione viabilità nel Trentino, però visto in maniera più complessiva con una visione regionale. Come è giusto, ogni Provincia esprima il parere

rispetto alle opere che vengono progettate o richieste dai privati o da quant'altro, sul territorio anche in questo caso la questione è di rilievo per la Provincia autonoma di Trento, come del resto ha già fatto la Provincia autonoma di Bolzano rispetto all'autostrada Alemagna, dove là si diceva un possibile percorso nella parte della Pusteria, là hanno detto di no i consiglieri della Provincia di Bolzano, noi abbiamo detto no con degli ordini del giorno in Provincia di Trento, c'è ancora qualcuno che è nostalgico e vorrebbe questa soluzione viaria. Il problema è nel dispositivo ed anche nella premessa, laddove si dice che l'Europa deve tener conto di uno sviluppo sostenibile quando si tracciano linee di trasporto europee e, se non erro, nelle affermazioni del Consiglio d'Europa è rilevante il parere o l'opinione dei governi locali; in questo caso i governi locali sono più riconosciuti dei governi nazionali. Il governo nazionale può anche imporre, o almeno tenta di imporre soluzioni viarie che sono contro la volontà dei cittadini locali, mentre l'Europa è più sensibile rispetto a questo problema. Si voleva sottolineare il fatto che l'Europa tenga conto nelle previsioni viarie europee di questa necessità di bilanciare ambientalmente i bisogni della gente trentina.

Della necessità dello sviluppo del trasporto siamo tutti d'accordo con le parole, poi nei fatti c'è ancora qualcuno che sogna il trasporto in autostrada, è l'ambiguità, quel voler essere comunque dalla parte della protesta, invece che un'intelligente protesta un'avara protesta, proprio perché c'è bisogno di sostenere un esibizionismo di piazza.

La richiesta è espressa in maniera non sempliciotta, non, come viene detto dal collega Divina, fuori dal pensiero normale della gente, ma è una richiesta che deve vedere impegnati noi consiglieri regionali rispetto ad un problema, che è quello ambientale, di un'economia compatibile sul nostro territorio, è certo un giudizio politico che viene chiesto a questa Assemblea regionale.

Il mio sarà un voto favorevole.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il cons.Atz. Ne ha facoltà.

**ATZ:** Danke, Herr Präsident! Vor allen Dingen möchte ich das unterstreichen, was schon die Kollegen der Lega richtigerweise gesagt haben: Was die Valdstico-Autobahn anbelangt, ob sie jemand will oder nicht, haben die autonome Provinz zu entscheiden und nicht wir. So wie wir uns verbieten, daß man uns irgendwo hineinredet, seitens von Trient, so haben wir selbstverständlich uns nicht in die Trientner Angelegenheiten einzumischen und so gesehen ist es absolut Thema der autonomen Provinzen.

Zu Punkt zwei des beschließenden Teiles: "bei der Europäischen Union die Forderung nach einer Verkehrspolitik zu erheben, die für die Umwelt und für die Bevölkerung, welche in der Region lebt, tragbar ist". Ja, liebste Kolleginnen, wir lesen alle zwei, drei Wochen in den Zeitungen, daß unsere Landeshauptleute in Brüssel vorsprechen, um die Verkehrspolitik unserer Region an den richtigen Stellen weiterzubringen und wir haben sogar den Verkehrskommissar der Europäischen Union zu Gast gehabt. Was wollen wir deshalb noch auffordern? Daß sie einmal öfter im Jahr nach Brüssel fahren?

Ich bin einfach dagegen, denn hier wird auch wieder nach außen der Schein gegeben, daß heute früh jemand aufgewacht ist und jetzt auf einmal große Verkehrspolitik machen müßte, eine Verkehrspolitik, die unsere Verwalter schon seit Jahren verfolgen. Genau das ist die Richtung, in der unsere Assessoren, Landeshauptmänner, die zuständigen Landesräte usw. arbeiten.

Deshalb kündige ich jetzt schon unsere Gegenstimme an.

**PRESIDENTE:** Qualcun altro intende intervenire? La parola al cons.Dalbosco.

**DALBOSCO:** Egregio Presidente ed egregi colleghi, mi pare che ben al di là della questione del piccolo segmento viario proposto tra il vicentino e la zona di Besenello, sia giusto affrontare questa mozione in sede regionale, proprio perché quel piccolo segmento prefigura un tipo di sviluppo che farebbe molto male all'intera Regione, non solo alla Provincia di Trento, quindi questa mi sembra una sede adatta per questa mozione. Qual è la tendenza di fondo a cui stiamo assistendo? Come è noto è la globalizzazione dei mercati; ora, la globalizzazione non c'è dubbio che offra numerose opportunità, sia ai consumatori che agli imprenditori, sappiamo che la settorializzazione del lavoro in termini di suddivisione geografica territoriale raggiunge oggi livelli mai visti in precedenza; sappiamo anche che la nostra Regione è incapsulata fra le due zone d'Europa più economicamente potenti ed in continua crescita, sia a sud come a nord si sta costituendo un sistema economico sempre più integrato che richiede un passaggio crescente proprio attraverso i valichi alpini ed in particolare quello del Brennero.

Quali sono i rischi a medio e lungo termine micidiali per noi di questa linea di tendenza? Il rischio è, e ci riguarda particolarmente, che i costi vengano scaricati nell'ambiente e sempre di più le cosiddette esternalità vengano a nuocere al nostro ambiente, è chiaro che non nuoceranno al Vicentino, all'Emilia Romagna, alla Lombardia, nel momento in cui la nostra regione diventa un canale, questo non è che tocchi direttamente i soggetti interessati, economicamente potenti che stanno a nord e a sud. In questa prospettiva di esternalizzazione dei costi nella regione alpina e nelle valli dell'Adige e dell'Inn in particolare, vediamo che siamo destinati ad essere visti sempre più come un luogo di mero transito e qui è quasi un paradosso, la nostra terra come ponte, d'accordo, però non prendiamo questa immagine troppo alla lettera, perché su un ponte ci si passa e non ci si ferma e la nostra regione diventa puramente strumentale rispetto a milioni e milioni di altri cittadini europei.

Quindi ritengo che dovremmo pur preoccuparci, cons. Divina, al di là delle facili accuse di partigianeria, io prendo sul serio quello che lei dice, quello che non prendo tanto sul serio è l'ergersi lei e basta a difensore degli interessi del Trentino, prendo sul serio le argomentazioni, non le assunzioni di titoli che nessuno di noi singolarmente può avere. Lei esprime una posizione mi sembra minoritaria in Trentino, sia le popolazioni che esponenti politici con ruoli di governo esprimono posizioni molto diverse sull'interesse che la nostra Provincia e la nostra Regione può avere a riguardo della Valdadige e di altre opere infrastrutturali, quindi prendo sul serio quello che lei dice, la invito a prendere sul serio tutti quei fattori che non compaiono mai nelle prese di

posizioni della Lega o di poteri e di centri che propugnano la Valdastico, ad esempio. L'inquinamento acustico e dell'aria, la congestione, l'impoverimento del territorio in termini quantitativi e qualitativi, questo tipo di crescita ipertrofica della vita che va a scapito della qualità della vita sta implicato, secondo me e secondo molti altri, nel progetto PiRuBi, per questo, perché la nostra regione non si trasformi in un viadotto, non vogliamo che il Trentino-Alto Adige sia un viadotto, perché la rete infrastrutturale non strangoli la nostra regione, dichiaro che sono favorevole alla mozione presentata ed in questo senso mi esprimerò fra poco.

**PRESIDENTE**: La parola al cons. Benedikter.

**BENEDIKTER**: Die Valdastico-Autobahn kann man mit der berühmten Alemagna vergleichen. Wegen der Alemagna fährt man nach Brüssel, um abzuhalten, daß Brüssel darauf bestehe, daß es die Alemagna braucht, weil es andere Regionen verlangen. Im Trentino hat sich die Mehrheit im Raumordnungsplan dafür entschlossen, dieses Vetorecht gegen die Valdastico auszuüben. Deshalb verstehe ich nicht, warum man hier dagegen stimmt. Wenn es um die Alemagna ginge, würde man auch sagen, der Regionalrat soll ruhig beschließen und Brüssel darauf aufmerksam machen, daß es eine andere Verkehrspolitik betreiben und nicht auf die Valdastico bzw. auf die Alemagna-Autobahn bestehen sollte. Denn die Alemagna - so wie heute die Dinge liegen, denn das Land Südtirol hat kein Vetorecht ausgeübt - kann mit Beschluß, sei es der römischen Regierung, sei es von Brüssel, gebaut werden.

**PRESIDENTE**: Qualcun altro intende intervenire? Non è prassi che il Presidente intervenga in un dibattito, ma chiederai alla collega Zendron, a nome e per conto del Partito autonomista, di esprimere un parere su un argomento molto delicato e molto importante, le chiedo se lei è d'accordo di rinviare la risposta, lei ha la possibilità di replicare, ma le chiedo di poter intervenire... Pensavo che il Presidente Peterlini fosse qui, allora le chiedo se questo non crea dei problemi.

**ZENDRON**: No, anzi la ringrazio di voler prendere posizione su questo e sicuramente si può sospendere e magari iniziare il prossimo ordine del giorno fino a quando lei ritiene.

**PRESIDENTE**: La ringrazio per questa sua disponibilità. Allora sospendiamo la trattazione dell'ordine del giorno e riprendiamo l'ordine del giorno a firma dei cons. Divina e Boldrini; è stato modificato e concordato, credo, di proporre a tutte le sedi competenti a partire dalla Commissione dei 12 la questione relativa ai proventi delle lotterie riscosse in regione. E' corretto il dispositivo come l'ho letto, collega? Bene. Chi è favorevole a quest'ordine del giorno è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene? Con nessun voto contrario, tre voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'ordine del giorno è approvato.

Passiamo all'ordine del giorno n. 5, a firma del cons. Gasperotti.

La parola al cons. Gasperotti per la lettura dell'ordine del giorno n. 5.

**GASPEROTTI**: Grazie, signor Presidente.

#### ORDINE DEL GIORNO N. 5

La legge 21 novembre 1991, n. 374 disciplina l'istituzione della figura del Giudice di pace, il quale, secondo quanto dettato dall'art. 1 della suddetta legge, "esercita la giurisdizione in materia civile e penale e la funzione conciliativa in materia civile.". L'istituto del Giudice di pace è entrato in vigore il 1° maggio 1995.

La legge regionale 2 maggio 1993, n. 9 "Norme sulla organizzazione amministrativa degli uffici del giudice di pace" all'art. 1 dispone che gli uffici del Giudice di pace nella regione Trentino-Alto Adige hanno sede in alcuni comuni capoluogo e in particolare, per quanto riguarda la provincia di Bolzano: Bolzano, Bressanone, Brunico, Caldaro, Chiusa, Egna, Merano, Monguelfo, Silandro, Vipiteno; per la provincia di Trento: Trento, Riva del Garda, Rovereto, Borgo Valsugana, Cavalese, Cles, Fiera di Primiero, Fondo, Malè, Mezzolombardo, Pergine Valsugana, Tione di Trento.

La legge regionale n. 9/93 prevede all'art. 8 che al fine di sopperire alle esigenze di funzionamento degli uffici del Giudice di pace, la Giunta regionale è autorizzata ad avvalersi di personale dipendente dallo Stato, dalle Province autonome di Trento e di Bolzano, dai Consigli delle stesse o da altri enti pubblici.

Per quanto riguarda la dotazione organica degli uffici del Giudice di pace esistono però ancora delle differenze più o meno marcate a seconda della sede tra le figure previste e quelle realmente in attività, come risulta dalla tabella riportata di seguito.

Provincia di Bolzano

<b>SEDE</b>	<b>DOTAZ. ORGANICA PREVISTA</b>	<b>DOTAZ. ORGANICA ATTUALE</b>
Bolzano	18	11 (1 IX, 1 VII, 4 VI, 1 V, 3 IV, 1 III)
Bressanone	6	4 (1 VIII, 2 VI, 1 V)
Brunico	6	3 (1 VI, 1 V, 1 IV)
Caldaro	5	2 (1 VIII, 1 VI)
Chiusa	5	1 VIII
Egna	5	3 (1 VIII, 1 VI, 1 IV)
Merano	8	5 (1 VII, 2 VI, 1 V, 1 IV)
Monguelfo	5	2 V
Silandro	5	1 VI + 1 V assunto ai sensi dell'art. 26 L.R: 5/1991



Vipiteno	5	1 V + 1 VI in posizione di comando
----------	---	------------------------------------

Provincia di Trento

SEDE	DOTAZ. ORGANICA PREVISTA	DOTAZ. ORGANICA ATTUALE
Borgo	5	2 (1 VI, 1 V)
Cavalese	5	3 (1 VIII, 1 VI, 1 IV) + 1 III in posizione di comando
Cles	5	3 (1 VIII, 1 VI, 1 IV)
Fondo	5	1 VI
Fiera di Primiero	5	1 IV + 1 VI in posizione di comando
Malé	5	1 VI
Mezzolombardo	5	1 VI
Pergine Valsugana	5	1 VI + 1 IV ai sensi dell'art. 26 della L.R. 5/1991
Riva del Garda	5	3 (1 VIII, 1 VI, 1 IV)
Rovereto	5	5 (1 VIII, 1 VI, 2 V, 1 III)
Tione	5	2 (1 VI, 1 V)
Trento	13	10 (1 IX, 1 VII, 3 VI, 2 V, 2 IV, 1 III)

Tutto ciò premesso

il Consiglio della Regione autonoma Trentino-Alto Adige  
impegna la Giunta Regionale:

- ad intraprendere le iniziative ritenute opportune al fine di valorizzare la figura del Giudice di Pace e le possibilità di intervento nei confronti della comunità, informando i cittadini in modo adeguato in modo da favorire soluzioni di conciliazione rapida ed efficace senza esborsi di denaro, intervenendo in particolare sulle dotazioni organiche attuali dei singoli uffici al fine di adeguarli alle nuove richieste dei cittadini.

**Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz**  
**Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini**

**PRÄSIDENT:** Bitte, Abg. Gasperotti, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

**GASPEROTTI**: L'ordine del giorno è teso a valorizzare questa figura, anche perché lo sforzo della Regione impiegato nella parte organizzativa ed anche in quella legislativa era volto a rendere in terreno di pacificazione, o almeno di velocizzare occasioni di pacificazione all'interno del territorio della Regione, però questo non viene fatto conoscere in maniera adeguata ai cittadini stessi ed attivato in maniera poco redditizia; ecco il dispositivo là dove si dice di valorizzare queste figure, produrre all'interno della Regione presso le stesse strutture organizzative e di pubbliche relazioni delle due Province e della Regione un atto comunicativo, uno spot televisivo, una qualche cosa che faccia conoscere i compiti ed i ruoli di questo Giudice di Pace, al fine sempre di ottimizzare le risorse spese in questo settore, la qualità dell'intervento, si dice nel dispositivo, senza esborsi di denaro, è chiaro che è inteso come esborso nella parte difensiva, ci sarà comunque un esborso di denaro se si parla di documenti o di certificazioni, certo che non è la stessa cosa di attivare una causa con un legale di tipo privato.

Non aggiungo altro, l'intendimento è proprio questo, valorizzare queste figure, farle conoscere e fare in modo che le associazioni dei consumatori, le associazioni della vita civile nella Regione sappiano che questa è una delle strade percorribili per attivare forme di conciliazione nei conflitti sociali e personali presenti sul territorio. Grazie.

**PRÄSIDENT**: Sind weiterer Wortmeldungen? Keine. Dann kommen wir zur Replik.

Bitte, Assessor Holzer.

**HOLZER**: Grazie, signor Presidente. Per rimanere in tema dell'ordine del giorno presentato dal cons. Gasperotti, devo in primo luogo fare presente che la figura del Giudice di Pace è quella di un magistrato onorario che appartiene all'ordine giudiziario, quindi è un istituto dello Stato. La competenza in materia di ordinamento giudiziario non appartiene quindi alla Regione, appartiene all'amministrazione della giustizia, alla Regione è riconosciuto solo un ruolo partecipativo di attività collaterali relative al potere di proposta del nome dei Giudici di Pace al Consiglio superiore della magistratura e poi relativamente al personale ed alla fornitura delle attrezzature e dei servizi.

Riguardo alla possibilità di valorizzare la figura del Giudice di Pace, devo informare che già in occasione dell'entrata in funzione di questo istituto, la Regione si era fatta parte diligente nel promuovere sulla stampa una serie di interventi per fare conoscere l'istituto dei Giudici di Pace, invitando anche i cittadini a rivolgersi nel contempo nel maggior numero possibile, onde evitare che si rivolgessero ai giudici conciliatori, che di fatto venivano a cessare la loro attività.

Da parte mia e da parte della Giunta regionale non c'è alcun problema per far sì che venga pubblicato un opuscolo, che venga ulteriormente pubblicizzata la figura del Giudice di Pace per portare a conoscenza di tutti i cittadini quali sono i compiti e quali sono le possibilità, in modo tale che ci sia un ricorso il più intenso possibile. E' chiaro che i dati che sono in nostro possesso in questi ultimi mesi non sono

incoraggianti, d'altra parte venendo incontro a questa richiesta ritengo che tutto sommato sia possibile che il cittadino conosca più esattamente la situazione.

Per quanto riguarda la dotazione organica degli uffici, attualmente il personale in servizio è di 34 persone a Trento e di 33 a Bolzano, l'organico non è stato ancora coperto completamente, ma verrà coperto non appena ci saranno le necessità, perché assumere personale che rimanga in esubero o inattivo presso gli uffici dei Giudici di Pace mi sembra un controsenso nel momento in cui andiamo a ridurre le spese laddove è possibile.

Quindi la Regione, nel rispetto delle norme sull'assunzione del personale, ha richiesto anche alle Province che il personale venisse dato in comando, il personale è stato assunto in comando laddove c'era necessità, eventualmente in futuro, quando ulteriori richieste del servizio dell'attività dei Giudici di Pace emergeranno da parte della gente, in quel momento le dotazioni organiche saranno completate.

**PRÄSIDENT:** Jetzt hat der Abg. Gasperotti das Wort zu Replik.

**GASPEROTTI:** Grazie, signor Presidente. Ringrazio l'assessore per questo accoglimento di principio, di suggerimento alla Giunta con questo ordine del giorno, nello stesso in cui viene formulato questo ordine del giorno, non va disconosciuto che il personale presente negli uffici è proporzionale al numero delle cause o delle azioni di attività che all'interno vengono svolte, se però non si attiva la prima parte non funziona la seconda, forse in certe occasioni, in certi luoghi, la presenza singola non produce nemmeno l'effetto minimo garantito, non intendo consigliare l'assessore ad utilizzare al meglio le risorse, interessa molto sia a me che alla Giunta, da quanto ha espresso l'assessore competente, che questo ruolo del Giudice di Pace sia attivato nel massimo delle sue potenzialità.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen jetzt darüber ab. Wer für den Antrag ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Sieben. Wer enthält sich der Stimme? Zwei.

Damit ist der Antrag mehrheitlich genehmigt.

**PRÄSIDENT:** Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt Nr. 6: "Beseitigung der architektonischen Barrieren im Regionalgebäude in Trient".

Ich bitte den Abg. De Stefani um die Verlesung.

**DE STEFANI:** Grazie, signor Presidente.

#### ORDINE DEL GIORNO N. 6

Sbarriamento del palazzo della Regione in Trento

*Entro sei anni dall'entrata in vigore della presente legge, devono essere eliminate, da parte dei proprietari, le barriere architettoniche degli edifici pubblici, privati aperti al pubblico e degli spazi aperti al pubblico esistenti."*

Recitava così l'articolo 8 della legge provinciale 7 gennaio 1991, n. 1 "Eliminazione delle barriere architettoniche in provincia di Trento". Con l'ultima legge di assestamento del bilancio promulgata il 9 agosto, questo articolo è stato in parte modificato: ora il termine perentorio per sbarriare gli edifici indicati dalla legge non è più il 30 gennaio 1997, sei anni dalla sua entrata in vigore, ma il 31 dicembre 1998.

Due anni in più per sbarriare tutti gli edifici pubblici sono un tempo più che ragionevole, sempre che si inizi finalmente a compiere i passi necessari.

Tra gli edifici pubblici presi in considerazione dalla legge rientra sicuramente anche il palazzo della Regione in piazza Dante.

In questo palazzo, oltre agli uffici della Regione, si trova l'aula dove si riunisce il Consiglio regionale, nelle sue sessioni trentine, ed il Consiglio provinciale di Trento.

Nessuna parte del palazzo finora è stata resa agibile anche per i portatori di minorazioni motorie. Solo nel parcheggio interno sono messi a disposizione alcuni posti riservati ai disabili, trascurando però il particolare, non irrilevante, che un disabile su carrozzina non potrebbe più uscire da quel parcheggio, perché la rampa di accesso è troppo ripida e gli ascensori del palazzo troppo stretti.

In pratica è impossibile, per un disabile con handicap motori, accedere agli uffici regionali, ma non solo: anche l'aula dove si riunisce il Consiglio regionale è irraggiungibile.

Esistono infatti delle barriere insormontabili rappresentate da due rampe di scale, che diventano tre per accedere all'area aperta al pubblico, e da ascensori con porte di ingresso troppo strette per permettere l'accesso di carrozzine o sedie a rotelle. A dire il vero, l'area aperta al pubblico è difficilmente accessibile non solo per i disabili, ma per chiunque non abbia una buona dose di agilità. Una persona anziana prudente, di fronte all'ultima rampa di scale per raggiungere le tribune, avrebbe un solo dubbio: farsi aiutare o tornare a casa!

Dal momento che una legge della provincia di Trento prevede lo sbarriamento di tutti gli edifici pubblici o aperti al pubblico entro il 31 dicembre 1998 è opportuno che, quanto prima, il Presidente della Giunta regionale inizi le pratiche per il suo adempimento.

Anche per questo motivo, ma soprattutto per il rispetto che si deve a qualsiasi persona, abile o disabile che sia, e nel rispetto dei principi costituzionali che riconoscono a tutti i cittadini pari dignità sociale

**IL CONSIGLIO REGIONALE DELLA REGIONE TRENINO-ALTO ADIGE,**

**impegna il Presidente della Giunta regionale**

a compiere tutti i passi necessari, in qualità di titolare del palazzo di piazza Dante, sede degli uffici della Regione, nonché dell'aula dove si riuniscono il Consiglio regionale e quello della provincia di Trento, affinché vengano eliminate al più presto le barriere architettoniche che impediscono l'accesso ai cittadini con minorazioni motorie.

Credo che dalla lettura del testo e del dispositivo la materia sia sostanzialmente chiara, il riferimento è a una legge provinciale, in quanto il palazzo della regione sito in Trento è nella Provincia autonoma di Trento, però è chiaro che la rilevanza tocca la Regione, in quanto il proprietario del palazzo dove si tengono nelle sessioni trentine le sedute del Consiglio regionale è di proprietà della Regione, che lo affitta al Consiglio provinciale per le sedute di pertinenza del Consiglio provinciale.

Il paradosso che questo ordine del giorno vuole sollevare alla non rimarchevole attenzione di quest'aula è il seguente, che noi ci troviamo a fare leggi, in questo caso anche la legge sulle barriere architettoniche, in quello che attualmente è in Trentino il palazzo più barrierato della provincia. Che questo possa essere accaduto è nelle cose, che questo debba continuare ad accadere è non altrettanto accettabile.

Allora vi sono credo motivi di principio, di carattere sostanziale, motivi che non dovrebbero tollerare che la sede massima del legislativo regionale avvenga in una realtà edificatoria dove quelle barriere che la legge medesima prevede non esistere siano invece assolutamente presenti ed impediscano in maniera sostanziale l'accesso non tanto e non solo a chi ha una grave disabilità motoria, ma in buona sostanza anche a tutta una serie di persone che senza essere dei disabili o degli handicappati in senso stretto hanno comunque impacci di movimento legati all'età o a condizioni fisiche particolari, per cui credo che sia in qualche modo un atto dovuto da parte del Consiglio impegnare la Presidenza della Giunta regionale in questo senso, naturalmente non perché questo impegno resti lettera morta, ma perché si traduca in atti coerenti e conseguenti, anche avendo avvertenza, naturalmente a quella che è la realtà strutturale del palazzo, per cui si possono fare degli interventi significativi senza per questo prefigurare la sua demolizione, questo sarebbe chiaramente insensato.

I due aspetti - e concludo - che secondo me debbono peraltro essere con forza recepiti è il fatto non accettabile da un punto di vista di principio e simbolico che abbiamo il palazzo del legislativo regionale barrierato in questa maniera e il fatto che, se non diamo proprio da questi palazzi il segno che effettivamente vogliamo adempiere le leggi che noi stessi abbiamo fatto, sarà molto difficile che abbiamo l'autorevolezza e la capacità di chiedere che anche gli altri, i privati e tutti coloro i quali sono chiamati ad adempiere a questa legge lo facciano, perché è chiaro che, se il primo a non adempiere è il legislatore, sarà molto difficile che lo stesso legislatore abbia quella inevitabile autorevolezza e quella coerenza per chiedere che questo tipo di intervento venga fatto dagli altri. Chi di noi gira l'Europa sa che da questo punto di vista siamo assolutamente il fanalino di coda, tutti i paesi europei in tema di abbattimento delle barriere architettoniche hanno fatto moltissimo se non tutto, l'Italia devo dire da questo punto di vista è particolarmente indietro; non dico che il Trentino-Alto Adige sia la Regione più indietro a livello italiano, perché non è vero, ma sicuramente il nostro traguardo è quello

dell'Europa e da questo punto di vista credo che veramente abbiamo da imparare da tutti indistintamente i paesi europei.

**PRÄSIDENT:** Keine weiteren Wortmeldungen? Der Ausschuß?  
Bitte, Assessor Holzer.

**HOLZER:** Grazie, Presidente. Con riferimento all'ordine del giorno presentato dal collega De Stefani, debbo precisare alcune considerazioni di carattere generale, innanzi tutto, perché il palazzo della Regione autonoma Trentino-Alto Adige costituisce un esempio di architettura razionalista, costruito 30 anni fa, è stato costruito a suo tempo dall'architetto Libera, che è un progettista di spicco da non sottovalutare, perché questo comporta anche qualche ragionamento di altro genere.

Il complesso architettonico così come è stato costruito costituisce unitamente alla volumetria dell'Hotel Trento un polo di forte significato formale che caratterizza tutto il comparto edilizio di Piazza Dante e di via Alfieri.

Il complesso può essere suddiviso in tre corpi volumetrici, il palazzo degli assessorati lungo via Gazzoletti, il corpo della Giunta di fronte a piazza Dante e l'aula consiliare.

Proprio a causa del suo valore architettonico, l'edificio regionale non ha subito nessuna modifica sostanziale dalla sua origine e non sono mai stati fino a qualche tempo fa intrapresi lavori sostanziali atti a modificarne la struttura, proprio perché è stato configurato e strutturato in un certo modo, ciò non di meno la Giunta regionale ha affrontato il problema dello sbarriamento dell'ufficio in questione intendendo risolverlo al più presto e comunque entro il termine del 31 dicembre 1998, previsto dalla legge provinciale n. 1 del 1991 e le successive modifiche.

Va evidenziato che la risoluzione di tale problema nel rispetto della fisionomia architettonica originale del palazzo regionale non è, come detto prima, di facile soluzione, anche perché l'esigenza di dare risposta alle necessità dei cittadini svantaggiati deve essere temperata dal dovere dell'esecutivo regionale di non rovinare... Insisto anche su questo, anche perché nonostante abbia una visione diversa, non possiamo nemmeno rovinare un bene che appartiene alla collettività, diminuendone o mettendo in discussione tutto il valore architettonico; comunque la Regione ha già provveduto a sbarriare tutta la parte relativa agli uffici amministrativi mediante la realizzazione di un apposito ascensore ed intende fare altrettanto nella parte relativa agli uffici della Giunta e del Consiglio regionale, ivi compresa la sala del Consiglio.

Lo sbarriamento di tale zona sarà effettuato con la creazione di un idoneo ascensore al posto di quello attuale, che presenta una ridotta apertura delle porte di accesso e non consente oggi come oggi l'utilizzo delle carrozzelle, per questo motivo si sta verificando con la ditta costruttrice la possibilità di ampliare le dimensioni delle porte di accesso, pur sapendo che l'ingombro del vano esistente non può essere ampliato, però l'importante è che riusciamo a modificare le porte di accesso per dare la possibilità ai portatori di handicap o con carrozzella di entrare.

A proposito della sala consiliare si ricorda che non essendo attualmente possibile garantire l'accessibilità alla stessa nella zona riservata al pubblico a persone con ridotta capacità motoria, si è provveduto in tempo affinché durante tutta l'attività consiliare si possa assistere in contemporanea alle sedute mediante un maxi-schermo video ed impianto audio posti nella sala di rappresentanza, che essendo al piano terreno è agibile da tutti.

In attesa comunque di un intervento radicale ed in assenza di indicazioni, questa iniziativa presenta un carattere provvisorio, ma che comunque è rispondente anche a quella che è la normativa nazionale.

La Giunta regionale ha già dato incarico e sta lavorando per il recepimento delle norme relative alla legge 626 ed alle norme relative alla sicurezza dei posti di lavoro, ma nel contempo sta anche provvedendo a sbarriare completamente, attraverso uno studio particolare, anche tutta la zona relativa al Consiglio.

**PRÄSIDENT:** Bitte, Abg. De Stefani.

**DE STEFANI:** Brevemente, signor Presidente, anche perché non ho capito dalle parole dell'assessore, se la Giunta intende votare favorevolmente a questo ordine del giorno.

A parte questo particolare, che però non è un particolare, nel presentare questo ordine del giorno, assessore Holzer, da parte mia e da parte degli altri sottoscrittori, non vi era l'intenzione di abbattere il palazzo della Regione, perché lei ne ha parlato come se da parte nostra ci fosse qualcosa del tipo 'prendiamo la Gioconda e le mettiamo i baffi o dividiamo a metà il Mosè di Michelangelo', il nostro intento era di carattere assolutamente rispettoso dei pregi architettonici dell'edificio del Libera, ma nello stesso tempo di riuscire ad ottemperare ad un dettato di legge, ma anche a quello che forse è, non so se sono riuscito a trasmetterlo prima, il valore profondamente simbolico che ha la sede del legislativo regionale, che non può secondo me permettersi di essere barrierato e nello stesso tempo di essere il luogo dove si fanno le leggi contro le barriere, perché sarebbe come dire che in quest'aula si promulga la pace e dopo ci si prende a botte tutto il tempo, forse accade pure questo, ma certi livelli di contraddizione dovrebbero essere possibilmente meno visibili.

Allora sono contento di sentire dalle sue parole che la Giunta regionale intende fare tutta una serie di atti che sono in buona sostanza, mi pare di capire, quelli che la mozione propone, mi aspetto anche che sulla votazione dell'ordine del giorno non ci possano essere problemi di sorta, nel senso che voglio interpretare il suo intervento come un assenso a questo ordine del giorno.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen jetzt darüber ab. Wer stimmt dafür? 16 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 15 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung und dem Rest Ja-Stimmen ist der Antrag genehmigt.

**PRÄSIDENT:** Wir machen jetzt Mittagspause.

Wir sehen uns um 15.00 Uhr wieder. Ich glaube, es ist besser, wenn wir heute die Arbeiten zum Haushalt abschließen. Wir haben auch eine Nachtsitzung vorgesehen und ich glaube auch, daß wir hinkommen. Es wird möglicherweise etwas länger dauern als geplant.

(12.56)

(ore 15.11)

**PRÄSIDENT**: Wir fahren mit den Arbeiten fort.  
Ich bitte um den Namensaufruf.

**DENICOLO'**: (Sekretär):(ruft die Namen auf)  
(Segretario):(fa l'appello nominale)

**PRÄSIDENT**: Wir setzen jetzt die Debatte zur Tagesordnung Nr. 2 fort.  
Das Wort hat der Vizepräsident Tretter.

**TRETTTER**: Brevemente, ringrazio la collega Zendron per avermi dato questa opportunità e colgo l'occasione per fare una breve dichiarazione.

Dò ragione che su queste questioni dovremmo avere più rispetto delle due Province, ma dò atto a chi ha presentato questo documento di aver riproposto al Consiglio regionale, e ricordo al Consiglio che analogo documento era stato votato nel 1991, dove la maggioranza di quest'aula si era dichiarata favorevole ad opporsi ad ulteriori costruzioni di tratti autostradali che favorirebbero un incremento del traffico attraverso la Regione, a portare avanti la proposta di realizzare innanzitutto quel miglioramento dell'autostrada esistente atto a renderla più compatibile con l'ambiente e rispettosa della salute e della qualità della vita dei cittadini.

Credo che uno degli argomenti molto attuali sia proprio la qualità della vita, la difesa del territorio e questa Regione in un mio recente intervento, collega Zendron, l'ho definita "parco naturale", devo ricordare ai colleghi del Partito autonomista tirolese che il ha approvato un documento, credo approvato quasi all'unanimità nel rispetto delle diversità, so che anche all'interno del Partito autonomista c'è un dibattito aperto, qualcuno non è d'accordo su questo deliberato, ma devo ricordare ai colleghi del PATT che sulla PiRuBi ci siamo pronunciati ed abbiamo detto che siamo contrari per due motivi: per il motivo che ho ricordato prima, ma anche perché il Trentino in questi anni ha subito una grossa colonizzazione e non sto qui adesso a soffermarmi sulle cause o sui motivi, ma credo che su quest'opera il Partito autonomista abbia ragionato, discusso, pensato ed alla fine è uscito un documento sottoscritto da quegli organi di partito che hanno indicato ai consiglieri qual è la posizione del PATT, perciò rivolgendomi alla prima firmataria di questo documento, diciamo che lo voteremo nei rispetti dei deliberati di partito, lasciando ad ognuno la libertà di voto.



**PRÄSIDENT:** Wir kommen damit zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt Nr. 2.

Frau Abg. Zendron, Sie haben das Wort zur Replik.

**ZENDRON:** Brevemente, credo di dover dire due parole su questo. Intanto ringrazio il Presidente Tretter che ha ricordato anche questo incontro che è avvenuto tra i cittadini di Besenello ed il Consiglio regionale su questo tema e che ha ricordato anche i documenti approvati da questo Consiglio regionale, che credo non debbano essere tralasciati, credo che però meritino una risposta, non naturalmente sul suo basso livello, ma una risposta a quei contenuti che non si configurino come una pura offesa del cons. Divina o del cons. Atz, quando si parla di “sciocchezza” delle proposte politiche degli altri, credo sia un boomerang che si lancia a se stessi; invece mi ha sorpreso il riferimento al diritto, nel caso si realizzasse un Bundesland Tirol, che lo so è condiviso tra Atz e Divina, se non altro perché Maroni è venuto a Bolzano a dire che è favorevole alla secessione del Sudtirolo e quindi è chiaro che condivide ipotesi ancora più avanzate rispetto a quelle che vengono formulate nel congresso del SVP, però sono sbalordita che sulla base di questo ci si occupi, che i consiglieri regionali della Provincia di Bolzano e quelli della Provincia di Trento si occupino delle questioni solo che riguardano Salorno. Vorrei ricordare che perfino nello Statuto Tognatti, adesso un po’...

*(Interruzione)*

**ZENDRON:** Signor Presidente, posso chiederle che i rappresentanti della maggioranza si ritirino e non facciano barriere architettoniche davanti alla Giunta?

Volevo dire che anche in tutte le ipotesi sia della Convenzione di Madrid, sia anche nello Statuto Tognatti della Regione europea del Tirolo - bontà sua - è prevista la questione ambientale dei trasporti come tematiche che dovrebbero essere condivise tra le Province di Bolzano e di Trento e addirittura il Tirolo, quindi la richiesta che ognuno si occupi del proprio orticello è francamente ridicola e veramente incoerente ed inammissibile, quindi considero proprio sgangherate le osservazioni fatte in questo modo, in ogni caso abbiamo sentito per fortuna anche diversi consiglieri del Trentino che condividono queste opinioni, vorrei anche ricordare che c’è il libro bianco di Delhor, ma c’è anche il libro verde di Kinnock che risale al dicembre dell’anno scorso, che dice cose diverse da quelle dette dal cons. Divina; quindi poiché è inutile andare avanti a parlare, troveremo altri metodi per farci sentire in questa situazione di assoluta confusione, in cui nemmeno il Presidente riesce a sentirmi...

*(Interruzione)*

**Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter**  
**Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE**: Chiedo scusa, collega Zendron. Se facciamo silenzio mettiamo nella condizione la consigliere di concludere il proprio intervento. Prego, cons. Zendron.

**ZENDRON**: Grazie, signor Presidente, vorrei fare notare che questo comportamento serve solo per fare perdere tempo, che non è la nostra o la mia intenzione, è l'intenzione di chi si comporta così.

Avevo quasi concluso, voglio dire che rifiuto la richiesta che qui si faccia finta che i consiglieri regionali non siano tali e che ognuno si debba occupare del proprio piccolo orticello, penso che abbiamo tutti non solo il diritto, ma soprattutto il dovere, di affrontare i problemi comuni insieme, anche considerando che questo tipo di problemi non è risolvibile in un'ottica di chiusura, ma è risolvibile solamente con un accordo fra tutte le parti interessate, poiché anche i cittadini sono direttamente colpiti dalle conseguenze delle scelte che avvengono in questo settore.

**PRESIDENTE**: Siamo in votazione dell'ordine del giorno a firma della cons. Zendron ed altri, chi è favorevole è pregato di alzare la mano...

*(Interruzione)*

**PRESIDENTE**: Chiedo scusa, lei ha ragione, lei ha richiesto la votazione segreta.

Prego distribuire le schede, siamo in votazione dell'ordine del giorno sospeso questa mattina, firmatari i cons. Zendron ed altri. Possiamo iniziare l'appello. Prego i consiglieri di allontanarsi dall'urna, verranno chiamati in maniera ordinata dal collega Willeit.

*(Segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRESIDENTE**: Comunico l'esito della votazione:

votanti	53
schede favorevoli	18
schede contrarie	29
schede bianche	5
schede nulle	1

Il Consiglio non approva.

Colleghi, prego un attimo di attenzione. Qualcuno mi ha pregato di sottoporre all'aula questa opportunità: chiudere questa sera il bilancio e annullare la seduta di Consiglio di domani, però ho notato che ci sono contrarietà da parte di qualcuno, anche perché domani mattina si riunisce la Commissione di Convalida, che la Presidenza non può disdire, su questo mi voglio confrontare con il Consiglio. Cons. Benedikter, mi pare che lei non sia d'accordo. Cons. Benedikter, mi scusi, aveva chiesto la parola prima il cons. Atz.

La parola al cons. Atz.

**ATZ:** Ich muß im Namen der Südtiroler Volksparteifraktion bitten, davon Abstand zu nehmen, heute eine Nachtsitzung abzuhalten, sondern wenn schon dann bitte morgen, aber nicht heute, weil die Hälfte der Mitglieder nicht anwesend wäre.

**PRESIDENTE:** L'argomento si chiude ancora prima di aprirlo: c'erano delle richieste di finire questa sera proseguendo in seduta notturna, sempre che domani non si facesse Consiglio e venisse anche annullata la convocazione della Commissione di Convalida, ma credo che faremmo delle forzature, perché uno dei consiglieri, se facesse presente al Presidente di rispettare l'orario, anche se in verità era prevista la seduta notturna per oggi, invece vi preannuncio che se non finiamo domani nell'orario previsto si va in notturna per esaurire questo punto dell'ordine del giorno. Allora i lavori oggi proseguono nel rispetto dell'orario che avevamo concordato, alle ore 18.00 si chiudono i lavori, domani mattina il Consiglio è convocato alle ore 10.00, si va ad esaurimento del punto sul quale ci stiamo confrontando, il bilancio della Giunta e del Consiglio.

Cons. Benedikter, credo che lei non abbia più nulla di dire.

Passiamo al prossimo ordine del giorno: ordine del giorno n. 7, presentato dal cons. Willeit e da altri.

La parola al cons. Willeit per la lettura.

**WILLEIT:** Egregi consiglieri, dò lettura e poi illustrerò l'ordine del giorno.

Ordine del giorno n. 7

“Interventi a favore delle minoranze linguistiche”

Le leggi regionali 02.05.1988, n. 10 e 25.06.1995, n. 4 impegnano la Regione a promuovere iniziative a sostegno delle minoranze linguistiche e dei gruppi etnici; le dichiarazioni programmatiche della Giunta regionale e del suo Presidente indicano taluni settori di intervento in un quadro generale di una politica regionale per le minoranze.

Al fine di attuare detti impegni di legge e di programma necessita specificare meglio i modi e le misure degli interventi attraverso un'apposita norma finanziaria, la quale istituisca un apposito capitolo di spesa e vincoli la medesima a progetti certi e incisivi concordati con le minoranze e da attuare in modo autonomo.

Ciò premesso il Consiglio regionale

**delibera**

di impegnare la Giunta regionale a predisporre e presentare al Consiglio entro 3 mesi una modifica alle norme finanziarie e contabili delle leggi 02.05.1988, n. 10 e 25.06.1995, n. 4, che introduca un apposito capitolo di spesa per determinati interventi a favore delle minoranze e stabilisca che i finanziamenti vengano assegnati ad enti ed

associazioni rappresentative delle minoranze in base a progetti annuali e pluriennali concordati fra detti enti ed associazioni e la Giunta regionale.

Emendamento all'ordine del giorno n. 7:

“Nella parte deliberativa le parole ‘entro 3 mesi’ vengono sostituite con le parole: ‘entro il termine massimo della prima legge di approvazione di bilancio (assestamento di bilancio)’.”

Secondo emendamento all'ordine del giorno n. 7:

“La parte deliberativa è sostituita dalla seguente:  
‘delibera

di impegnare la Giunta regionale a predisporre e presentare al Consiglio entro il termine massimo della prima legge di bilancio (assestamento) ovvero contestualmente alla medesima una modifica alle norme finanziarie e contabili delle leggi 02.05.1988, n. 10 e 25.06.1995, n. 4 che introduca, sempre nell'ambito e per le finalità di dette leggi, un apposito capitolo di spesa per gli interventi a favore delle minoranze e stabilisca che i finanziamenti vengano assegnati ad enti ed associazioni rappresentative delle minoranze in base a progetti concordati con la Giunta regionale’.”

Procedo in breve all'illustrazione di questo ordine del giorno, che di per sé è molto semplice. In parole povere tende solo a separare, a distinguere le spese impegnate, programmate nel bilancio, sia per gli interventi diretti allo sviluppo dell'integrazione europea, sia per gli interventi diretti a sostegno. Questi due interventi costituiscono due finalità principali della cosiddetta legge sull'integrazione europea e costituiscono altresì, come avrete visto, due progetti della relazione illustrativa al bilancio attuale. Orbene, se chiare sono le finalità, chiare anche le competenze in base alla legge regionale stessa, e finché tale legge è in vigore vale per tutti, non altrettanto chiara è l'attuazione di questa legge, non altrettanto chiare sono le spese e le finalità delle spese stesse, in quanto nel bilancio stesso riscontriamo due capitoli, 305 e 310, che parlano sommariamente e genericamente degli interventi per favorire direttamente o indirettamente lo sviluppo dell'integrazione europea.

Questa genericità della previsione della spesa fa sì che le erogazioni non solo si confondano, non si possano distinguere fra di loro, ma che non si può nemmeno individuare ed identificare con precisione lo scopo e l'attinenza all'integrazione europea o alle minoranze della Regione.

Ho provato a distinguere l'erogazione concreta in base alle spese effettuate nell'anno 1995, purtroppo non ci sono riuscito, ammetto di non aver guardato la fatturazione o la rendicontazione per la quale sono state effettuate, solo ho individuato chiara e tonda una proporzione del 90% quasi per cosiddetti scopi di integrazione

europea ed appena il 10% di questo specifico capitolo per la gente in loco, per i bisogni delle minoranze in regione.

Ecco che conformemente all'intento della Regione stessa di programmare i suoi interventi, di fare sviluppare la sua attività, come dice il Presidente, in un quadro di politica delle minoranze, conformemente questo intento a questa volontà, io dico che occorre specificare la spesa al momento della programmazione ed erogarla per un intervento programmato ed allora siamo certi che va a buon fine, lo strumento non è altro che quello di individuare un capitolo di spesa a parte, non ce n'è un altro e sembra, e concordo pienamente con quanti mi hanno istruito in questo senso, che non sia possibile creare nuove fonti di bilancio, nuovi capitoli o anche solo suddividerli in sede di approvazione del bilancio, che occorra un intervento sulla legge finanziaria o sulla norma finanziaria della legge sostanziale; ecco dunque perché la mia proposta.

Solo attraverso questa specificazione, differenziazione è possibile evitare dispersioni attraverso un'eccessiva discrezionalità dell'esecutivo della Regione e garantire il raggiungimento dello scopo voluto dalla legge stessa, per cui vi chiedo, egregi consiglieri, di approvare questa minima misura di sicurezza.

**PRESIDENTE:** Prima di dare la parola al cons. Benedikter, vorrei informare che sono stati presentati due emendamenti al dispositivo dell'ordine del giorno.

La parola al cons. Benedikter.

**BENEDIKTER:** Es tut mir sehr leid, aber ich muß mich widersetzen, nämlich aus dem ganz einfachen Grund, den ich seit eh und je immer vertreten habe, daß nämlich die Region als solche nicht für Maßnahmen zum Minderheitenschutz insgesamt zuständig ist. Das hat auch der Verfassungsgerichtshof in einem Urteil bekräftigt, in dem er gesagt hat, daß die Provinz Bozen allein den Auftrag des Minderheitenschutzes hat. Dieser ergibt sich aus den Zuständigkeiten, die die Provinzen haben und ergibt sich aus dem gesamten Autonomiestatut. Also eine ganze Reihe von Artikeln des Autonomiestatutes, in denen der Minderheitenschutz näher ausgeführt wird. Ich kann sie auch anführen: Art. 2, 15, 19, 49, 50, 56, 61, 84, 89 und 91. Es ergibt sich (so hat der Verfassungsgerichtshof festgestellt), daß der Minderheitenschutz - bei uns in erster Linie der Schutz der deutschen und ladinischen Minderheit in Südtirol - umgekehrt auch für das Trentino Sache der Provinzen ist und nicht der Region, und das ergibt sich nicht nur aus der gesamten Gesetzgebung des Landes Südtirol, sondern auch aus der Gesetzgebung des Landes Trient, denn die Provinz Trient hat z.B. das Gesetz: "Istituzione dell'istituto culturale mocheno-cimbro e norme per la salvaguardia e valorizzazione della cultura della popolazione di origine germanica dei comuni di Palù del Fersina, Fierozzo, Frassilongo, Luserna in Provincia di Trento" erlassen. Da ist weiters ein Volksbegehren für ein Gesetz, das am 18. April 1996 vorgelegt worden ist und das noch im Landtag von Trient vorliegt, wo es heißt: "Norme per il riconoscimento e il rilevamento e la tutela delle popolazioni di lingua minoritaria della Provincia di Trento." Man geht immer davon aus, daß das Land zuständig ist.

Etwas anderes ist, wenn man dem Regionalrat ein Begehren für Rom vorlegt, dann muß der Regionalrat und nicht einer der beiden Landtage das Begehren im Sinne des Artikels 35 beschließen, Begehren, das z. B. Bestimmungen zugunsten der ladinischen und deutschsprachigen Bevölkerung der Provinz Trient vorsieht. Auch in dem Begehren, das der Kollege Peterlini vorgelegt und der Kollege Willeit selbstverständlich unterstützt hat, steht: „die Provinz Trient setzt die im Haushalt zu kulturellen Zwecken bestimmten Mittel unter Berücksichtigung der Stärke der ladinischen und deutschsprachigen Bevölkerung und im Verhältnis zu ihren besonderen Erfordernissen ein“. Ja, Willeit, Sie geben ja selbst zu, daß die Provinz Trient und nicht die Region verpflichtet werden muß. Ich sage es auch, weil sonst eben herauskommen könnte, daß wenn Provinz und Region zuständig wären, die Rolle der Provinzen auf diese Weise entwertet werden könnte.

Es hat meiner Ansicht keinen Sinn, den Regionalausschuß zu verpflichten, innerhalb von drei Monaten eine Änderung der Finanz- und Buchhaltungsbestimmung der Region auszuarbeiten und dem Regionalrat vorzulegen, Bestimmung, mit der ein Ausgabenkapitel für bestimmte Maßnahmen zugunsten der Minderheiten eingeführt und festgelegt wird, sodaß die finanziellen Mittel auf der Grundlage von Ein- und Mehrjahresprojekten Körperschaften und Vereinigungen, die die Minderheiten vertreten, zugewiesen werden können, denn die Region ist als solche nicht zuständig. Dieser rechtliche Tatbestand ist auch vom Verfassungsgerichtshof als solcher anerkannt worden, als solcher erklärt worden. Inzwischen hat auch die Provinz Trient so wie die Provinz Bozen - selbstverständlich nicht in dem Ausmaß - Gesetze zum Minderheitenschutz der ladinischen und deutschen Minderheiten im Trentino erlassen.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il collega Atz. Ne ha la facoltà.

**ATZ:** Danke Herr Präsident! Ich möchte mit einem Sarner Spruch anfangen, der heißt: „Die Goas kraalt so lang bis sie letz lieg.“ Genauso kommen mir die Landiner vor. Der Kollege Willeit, der ja Vorsitzender des ladinischen Kulturbeirates ist, weiß genau, daß die autonome Provinz Bozen für Südtirol und die autonome Provinz Trient für das Trentino zuständig ist, und zwar für die kulturellen Förderungen im allgemeinen, er weiß genau wieviel Gelder durch seine Kommission, der er vorsitzt, fließen, um die kulturellen Initiativen in den ladinischen Tälern insgesamt zu fördern, er weiß, daß alle kulturellen Vereinigungen wie Chöre, Singgruppen, Musikanten, Musikkapellen, Geld erhalten können, also zusätzlich zu allen normalen kulturellen Förderungen, die es im ganzen Land gibt, das ladinische Kulturinstitut von der autonomen Provinz über eine Milliarde bekommt, weiters weiß der Kollege Willeit, daß die Unions-Ladins-Zeitung über fünfzig Millionen im Jahr bekommt, auch zusätzlich. Damit will ich einfach nur sagen - ich will jetzt nichts auflisten, ich will auch nicht sagen, daß es den Ladinern schlechter oder besser geht in diesem Lande - ich will damit nur sagen, daß gerade er als Vorsitzender dieser Kommission, dieses Beirates, wissen mußte, daß das eine Kompetenz der autonomen Provinz Bozen und nicht der Region ist. Das zum einen.

Zum anderen muß er weiters wissen, daß es selbstverständlich im Rahmen dieses Europaförderungsgesetz, das wir in der Region haben, auch für die sprachlichen Minderheiten möglich ist, über dieses Gesetz Gelder anzufordern und darum anzusuchen; da gibt es überhaupt keinen Zweifel; so wie jeder Sport- und Kulturverein in der Region, so kann auch ein ladinischer Verein und ein Minderheitenverein und auch ein Verband und was auch immer, jede Körperschaft und jede Vereinigung, um einen Beitrag ansuchen, vorausgesetzt, sie tätigen irgend etwas Grenzüberschreitendes, Europäisches. Und genau dieses Recht haben auch sie.

Weiters weiß der Kollege Willeit, daß wir dazu nicht nur einen Tagesordnungspunkt verabschieden, sondern das Finanzgesetz ändern müßten. Das hat ihm die zuständige Buchhalterin schon gesagt und somit ist es mir unverständlich, daß dieser Antrag immer noch hier aufliegt. Jedenfalls werden wir seitens der SVP-Fraktion dagegen stimmen. Danke sehr.

**PRESIDENTE:** Altri intendono intervenire? Nessuno.

Per essere chiari, il collega Willeit ha letto il dispositivo e l'emendamento, perciò non occorre che rilegga il dispositivo, perché l'ha letto così come presentato alla Presidenza.

La parola al cons. Willeit.

**WILLEIT:** Grazie, signor Presidente. A dire il vero avrei sentito volentieri la Giunta, ma per me posso rispondere a quanti sono già intervenuti. Mi sorprende che il collega Atz sappia con tanta precisione su quanto sono stato informato io, sa con precisione ciò che mi è stato detto e riferito, mi sorprende anche che il collega Atz e il SVP abbiano trovato un angelo custode, come lo trovano spesso, nel collega Benedikter; non comprendo affatto che nessuno dei due mi dice che cosa si faccia con quei soldi, se non si fa quanto da me affermato, perché ho esaminato le spese da capo a fine, ma prima di aver guardato questo e prima di aver fatto la mia proposta mi sono anche letto le norme che esistono e fin che esistono, esistono, caro collega Benedikter, mi dica lei se sono state abrogate, e mi dica che cosa facciamo con questi capitoli di bilancio e con questi stanziamenti, ancorché siano solo 5 miliardi, diamo quei 200 milioni per i ladini? Bravi! Diamo quei 200 milioni per i mocheni-cimbri? Bravi! E tutti gli altri li sperperiamo e li buttiamo da nord a sud, dal Mare del Nord fino in fondo all'Africa? Questo è giusto! O assicuriamo il raggiungimento della finalità della legge e vi invito a leggerla, che è ancora in vigore - mi dispiace -, e contiene questa norma finanziaria, ma le finalità sono qui, sono specificate chiarissimamente a favore delle minoranze, poi se un domani la Regione fuoriesce dalla sua competenza con il provvedimento concreto, questo lo vediamo domani, ma proprio per assicurare che la Regione resti nelle sue competenze, che persegua le finalità della legge, ho formulato questa proposta di vincolare fin dall'inizio la parte che deve essere destinata a sostegno delle minoranze attraverso un apposito capitolo.

Non vado oltre, perché non posso fare altro che invitare quanti sono contrari a dire se sono d'accordo con le spese così come vengono fatte, se sono d'accordo con la

suddivisione quasi 90 a 10 per scopi quasi incomprensibili o per riunioni e manifestazioni di qua o di là o se vogliono che la Regione, finché c'è e finché ha un bilancio da 500 miliardi, li impieghi anche per le genti e le minoranze della Regione stessa.

**PRESIDENTE**: Siamo in votazione dell'ordine del giorno, così emendato. Chi è favorevole all'ordine del giorno è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Vi prego di alzare la mano, colleghi.

Ripeto la votazione. Chi è favorevole all'ordine del giorno presentato dal collega Willeit è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti?

Con 16 voti favorevoli, 13 contrari e 3 astensioni, il Consiglio approva.

*(Interruzione)*

**PRESIDENTE**: Lei ha ragione. Se qualcuno non ha alzato la mano ed è presente in aula... Se nessuno si oppone farei la votazione a scrutinio segreto o per appello nominale...

*(Interruzione)*

**PRESIDENTE**: No. Allora sospendo i lavori per un'ora perché manca il numero legale.

*(Interruzione)*

**PRESIDENTE**: Come no, è stato chiesto dal collega Pinter. Mi confronto con l'aula, che è sovrana, di fronte ad una richiesta ben precisa che mi fa il collega Pinter, dà l'informazione dei dati: 16 voti a favore, 13 contrari e 3 astensioni, manca il numero legale. Devo sospendere i lavori per un'ora. Se il Consiglio non si oppone farei la votazione per appello nominale, perché so che alcuni colleghi sono presenti in aula e non hanno partecipato alla votazione.

*(Interruzione)*

**PRESIDENTE**: Mancando il numero legale, i lavori del Consiglio sono sospesi per un'ora. La seduta è sospesa.

(ore 16.03)

(ore 17.07)

**Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz**  
**Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini**



**PRÄSIDENT**: Wir sind in der Abstimmungsphase über den Antrag Willeit. Ich bin unterrichtet worden, daß zwei Abstimmungen in Frage gestellt worden sind. Ich verlese dazu den Artikel 94 der Geschäftsordnung: „Die Abstimmung durch Handaufheben, durch Aufstehen oder Sitzenbleiben ist der Gegenprobe unterworfen, wenn diese sofort nach Verkündung des Ergebnisses beantragt wird.“ So war es der Fall. "Sollten auch über das Ergebnis der Gegenprobe noch Zweifel herrschen, wird zur Abstimmung durch Namensaufruf geschritten.“ Das wäre jetzt zu machen. Herr Abg. Willeit, ich kann Ihnen nicht das Wort erteilen, wir sind in der Abstimmungsphase. Es ist doch festgeschrieben in der Geschäftsordnung, wie wir vorzugehen haben. Nachher können Sie reden. Abg. Willeit, wir sind in der Abstimmungsphase, ich kann es ja nicht ändern. Es ist zweimal abgestimmt worden und ich muß laut Geschäftsordnung die Prozedur des Artikels 94 einhalten.

Man hat mir berichtet, daß zweimal abgestimmt worden ist, mit Handaufheben, und daß jedesmal anschließend die Beschlußfähigkeit oder das Ergebnis in Frage gestellt worden ist. Stimmt das oder nicht? Einmal hat der Abgeordnete Pinter eingewandt, daß die Summe der Stimmen nicht die Beschlußfähigkeit ergeben hätten. Ich kann nicht einfach eine Diskussion zulassen, wir sind mitten in der Abstimmung. Ich verstehe schon Ihre Ungeduld. Ich war nicht hier, aber ich habe mich genau unterrichten lassen: es war eine Abstimmung mit Handaufheben. Sie ist nicht klar ausgegangen und der Vizepräsident Tretter hat sie wiederholen lassen. Dann hat er die Stimmen bekanntgegeben und bei der Bekanntgabe der Stimmen ist herausgekommen, daß die Summe der Stimmen nicht die Beschlußfähigkeit ergibt. Das wäre an sich kein Problem gewesen. Feststeht, daß durch die Bemerkung von Abg. Pinter die Abstimmung in Frage gestellt worden ist. "Sollten auch über das Ergebnis der Gegenprobe noch Zweifel herrschen, wird zur Abstimmung durch Namensaufruf geschritten." So steht es geschrieben.

Wir machen den Namensaufruf über das Dokument Willeit, so wie es von ihm selbst abgeändert worden ist. Geheimabstimmung kann man verlangen. Wer schließt sich an? Das sind genügend. Es wird also über das Dokument Willeit geheim abgestimmt. Somit bitte um Verteilung der Stimmzettel.

*(Segue votazione a scrutinio segreto)*

**DENICOLO'**: (Sekretär):(ruft die Namen auf)  
(Segretario):(fa l'appello nominale)

**PRÄSIDENT**: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	53
Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	28
weiße Stimmzettel:	4

Damit ist der Antrag nicht genehmigt.

Wir kommen zum Tagesordnungsantrag Nr. 8: "Modernisierung und Ausbau der derzeitigen Brennerbahnlinie", der Abg. Zendron, Kury, Pinter, De Stefani und Gasperotti.

Ich darf die Abg. Zendron bitten, das Dokument zu verlesen und zu erläutern.

**ZENDRON:**

ORDINE DEL GIORNO N. 8

PER UNA MODERNIZZAZIONE E UN RAFFORZAMENTO DELL'ATTUALE  
LINEA FERROVIARIA DEL BRENNERO

**Visto che** il Consiglio dei ministri delle finanze della UE, il 14 ottobre scorso ha definitivamente bocciato la proposta del presidente della commissione europea Jaques Santer di stanziare un finanziamento aggiuntivo di un miliardo di ECU a favore delle grandi opere infrastrutturali europee.

Fra gli altri progetti che vengono così decisamente rallentati vi è il traforo del Brennero e la nuova linea ferroviaria ad alta velocità. Neppure le fasi preliminari delle grandi opere potranno essere completate, come ha commentato lo stesso Santer, che come è noto era favorevole al nuovo stanziamento.

Anche il bilancio di previsione per il 1997 della UE non prevede stanziamenti a questo scopo.

E' chiaro dunque che semmai l'argomento del traforo del Brennero verrà ripreso, si dovrà aspettare decenni per realizzarlo.

**Dato che** il problema dell'inquinamento da traffico lungo l'asse del Brennero è tuttavia drammatico e ormai insostenibile soprattutto per le popolazioni limitrofe all'autostrada.

L'unione europea, con la Convenzione Alpina ha aderito all'impegno di "ridurre drasticamente le emissioni inquinanti e i loro effetti negativi nella regione" (lettera c dell'articolo 2. Paragrafo 2) e di "ridurre gli effetti negativi e i rischi derivanti dal traffico interalpino e transalpino ad un livello che sia tollerabile per l'uomo, la fauna, la flora e i loro habitat" (lettera j dello stesso articolo).

E' necessario quindi che anche la Regione Trentino-Alto Adige abbandoni il sostegno ad un progetto di dubbia sostenibilità ambientale ed economica e punti risolutamente ad un forte intervento sulla linea ferroviaria attuale, per accrescerne la capacità e l'accettabilità ambientale. Per questo, anche sulla base degli impegni presi dalla UE nei riguardi dell'area alpina, non solo con l'adesione della Convenzione alpina, ma anche con i trattati bilaterali con Svizzera e Austria, ci si può attendere una disponibilità a sostenere un cambiamento significativo in questo senso.

**Considerato pure che** con la nuova finanziaria anche il governo italiano sembra frenare notevolmente lo sviluppo dell'alta velocità ferroviaria, soprattutto dopo che tre avvenimenti hanno dato la possibilità di vedere la scelta dell'alta velocità sotto una nuova luce:

1. Il disastro economico finanziario del tunnel della Manica;
2. La scoperta della profonda corruzione che ha portato alla scelta dell'alta velocità in Italia;
3. Il cambiamento della Francia, che in futuro non costruirà più linee TGV, ma adotterà i pendolini, che a detta del governo francese garantiscono trasporti veloci ma sono enormemente meno costosi del TGV.

**Si ricordi che** l'attuale linea ferroviaria del Brennero ha una grande riserva di capacità inutilizzata: basti il paragone con il Gottardo per comprenderne le possibilità di sviluppo.

Tuttavia non è da dimenticare il fatto che la linea ferroviaria attuale in diversi punti non è compatibile con un'intensificazione del traffico, in quanto passa attraverso centri abitati.

Esistono studi che dimostrano come attraverso un forte miglioramento della linea attuale si può in un tempo ragionevole (e non irragionevole come quello di un raddoppio con traforo di 54 chilometri ad alta velocità) soddisfare sia il bisogno di spostare su ferrovia il traffico attuale sia di assorbire i nuovi flussi previsti per i prossimi anni.

“Con una capacità di trasporto di 600 tonnellate nette di un treno merci (attraverso il miglioramento del materiale rotabile si aumenta anche la capacità) per trasportare la quantità di merci attuali (24 milioni di tonnellate, strada più rotaia) servono 160 treni al giorno per 250 giorni all'anno. Se aumentiamo i giorni a 350 all'anno bastano 114 treni merci al giorno. Se la quantità di merci raddoppiasse servirebbero 320 treni al giorno in 250 giorni e 228 treni in 350 giorni. Ciò già avviene sulla linea a due binari del Gottardo in Svizzera, che secondo l'orario vedono passare 408 treni al giorno, fra trasporto persone e merci locale e internazionale” (dallo studio Vinatzer, Beltramba, Reggiani). Con una serie di misure di cui alcune descritte sopra, e la costruzione di un terzo binario, i tre ingegneri calcolano che potrebbero passare 200 treni al giorno e si permetterebbe uno sviluppo della domanda del traffico ferroviario locale, verso il quale c'è una forte domanda.

Tutto ciò premesso

il Consiglio della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige  
impegna la Giunta Regionale

1. ad abbandonare nelle sedi statali e internazionali il sostegno al progetto di raddoppio della linea ferroviaria del Brennero e a richiedere invece una modernizzazione della linea attuale, con eventuale costruzione di un terzo binario e accompagnata dalle opere (tunnel intorno ai centri abitati, opere antirumore, etc.) e dalle misure (materiali

- rotabili nuovi e antirumore) necessarie a rendere sostenibile un forte aumento del numero dei treni in transito;
2. a sostenere nelle sedi statali ed europea l'adozione di misure atte a favorire il trasferimento del trasporto merci dalla strada alla rotaia.

Brevemente, perché credo sia chiaro e parleranno anche i colleghi trentini che hanno firmato e presentato insieme a me questo documento.

Vorrei aggiungere, riassumendo brevemente, che la situazione attuale sull'ipotesi di tunnel ferroviario del Brennero a questo punto è di una grandissima improbabilità nella sua realizzazione, due settimane fa il 'Financial Times' ha pubblicato un articolo in cui dice che per le considerazioni economiche che si possono fare, quindi tenete conto non le considerazioni ambientali, che potrei aggiungere io, ma per le considerazioni economiche, il tunnel del Brennero, così anche come quello ipotizzato al Moncenisio tra Parigi e Lione, non verrà realizzato prima di 150 anni, se mai, dice 'se ne riparerà fra 150 anni', quindi nessuno in Europa pensa che sia economicamente sostenibile la realizzazione di questo tunnel, questa deve essere una cosa chiara.

Ora, la domanda che dobbiamo porci è questa: se continuare ad insistere cercando di raccogliere denaro per fare degli studi per un'opera che non verrà comunque realizzata oppure se non sia nostro dovere quello di chiedere che i soldi a disposizione, e quelli che si possono raccogliere attraverso sistemi come quello dell'Autobrennero, - ed è per quello che questo ordine del giorno riguarda la Regione direttamente - questi soldi non debbano essere utilizzati per il miglioramento della linea attuale; noi abbiamo sentito ieri per quello che riguarda la Provincia di Bolzano l'assessore ai trasporti Di Puppo che dice: 'dobbiamo andare incontro alle richieste della popolazione in alcuni tratti particolarmente disgraziati della linea ferroviaria attuale che passano in mezzo al centro abitato', mi pare che si riferisse a Bolzano, dove ci sono state delle proteste, ma questo vale per molte altre località, 'ed abbiamo fatto un progetto per costruire delle barriere anti-rumore ed una serie di binari eccetera di nuovo tipo per ridurre il rumore, però non si potrà cominciare a realizzare queste opere prima di 5 anni, perché mancano i soldi'. Questa è una dimostrazione - e credo che potremmo trovare una dimostrazione per ogni località abitata delle nostre due Province - che i soldi non vengono utilizzati, cioè non vengono utilizzati nemmeno i soldi messi a disposizione della Comunità europea, vi ricordate i 700 miliardi di ECU che erano stati messi a disposizione l'anno scorso per chiedere un miglioramento significativo di questa linea ferroviaria, perché questo risolverebbe i problemi in tempi brevi, ragionevoli, nei tempi che la popolazione si aspetta, non fra 150 anni, come ci dice il 'Financial Times'.

Una ragione in più rispetto al testo di questo Ordine del giorno è anche dettata da questo emendamento che è stato presentato dai deputati di Forza Italia, credo, forse anche della Lega e anche da un senatore dell'Ulivo, Tarcisio Andreolli, in Senato l'altro giorno in cui si è riusciti a fare il giochino di prorogare di 30 anni la concessione all'Autobrennero, cosa moralmente assolutamente discutibile comunque, che le concessioni vengano prorogate per le ragioni che a lungo sono sempre state discusse in

quest'aula, ma la ragione per cui è stata prorogata è ancora più vergognosa, a mio parere, e cioè si è data la proroga con l'impegno dell'Autobrennero di raccogliere i soldi per finanziare gli studi per la realizzazione del tunnel del Brennero.

Questa mi sembra veramente una cosa insensata, perché il tunnel del Brennero comunque non avrà i soldi per essere realizzato e quindi credo sia un vero furto ai cittadini l'usare il loro denaro per fare degli studi per un'opera che non ha nessuna possibilità di essere realizzata, mentre invece si nega l'uso di questi soldi per realizzare quelle opere che permettono una migliore compatibilità ambientale della linea ferroviaria attuale e quei miglioramenti che permetterebbero addirittura il raddoppio della portata della linea ferroviaria attuale. Ripeto, due cose che non possono essere scisse, il potenziamento della linea ferroviaria attuale non può andare separato da quegli interventi di ecocompatibilità che permettano ai cittadini di non avere le conseguenze di rumori, inquinamento, eccetera, che avverrebbero lasciando la linea come è, cioè bisogna fare una serie di interventi soprattutto laddove la linea ferroviaria attuale passa attraverso i centri abitati. Questa è una cosa che non può essere separata e per questo c'è bisogno di un intervento finanziario significativo, questo significa che se ci si impegna in questa direzione fra alcuni anni, un numero ragionevole di anni, si potrà spostare tutto il traffico attuale che c'è sulla strada sulla rotaia, come dallo studio citato, ma non è l'unico e senza aspettare cose che comunque non verranno; ma un altro elemento fondamentale è quello di non usare denaro pubblico e denaro anche dell'Autobrennero, che poi in fondo è denaro pubblico, per regalarlo agli amici progettisti che facciano degli studi su un'opera che non può essere realizzata, cioè dobbiamo smettere di fare finta che il mondo finisca al Brennero, perché non arriva nemmeno a Innsbruck che lì hanno orecchie per sentire e che finisca poco più sotto di Salorno per quello che riguarda la Provincia di Bolzano e della Chiusa di Verona per il Trentino, ma dobbiamo vedere che cosa si dice di quest'opera a livello europeo e a livello europeo, come sapete, la Banca europea degli investimenti non dà soldi, il Consiglio dei ministri dei trasporti europeo non dà soldi e quindi è evidente che quest'opera non ha nessuna chance di essere realizzata, è incredibile che le Province di Bolzano, Trento, il Land Tirol e la Provincia di Verona costituiscano una società per raccogliere soldi per studiare quest'opera irrealizzabile, questo bisognerebbe chiedersi a chi serve, chi ci guadagna, perché vengono fatte queste cose.

Quindi credo che sarebbe il momento opportuno di fare una riflessione seria su tale questione e di prendere finalmente una decisione e di non continuare a giocare con i problemi, facendo finta che una soluzione vale l'altra, una soluzione non vale l'altra, perché una riguarda, anche se appunto fosse realizzabile, comunque fra decenni, 20 o 30 anni, e un altro è il problema immediato ed urgente della popolazione che vede troppo traffico sulle strade e che ha bisogno di una soluzione immediata.

Ripeto: credo ci siano studi sufficienti per dimostrare che questa soluzione immediata è comunque migliore anche per risolvere il problema a lungo termine e l'ultima cosa che vorrei dire per entrare nelle argomentazioni della Giunta è che la Giunta provinciale di Bolzano ha dato incarico allo studio Bergmeister di mettere a confronto le varie ipotesi e sappiamo, perché l'abbiamo visto, anche se poi si cerca di

non dare pubblicità, che lo stesso studio che ha fatto questo esame delle varie ipotesi mettendole a confronto ha indicato nella soluzione 'niente nuove opere ma miglioramento dell'esistente' proprio la soluzione ideale, quella migliore fra quelle possibili.

**PRÄSIDENT**: Danke für die Erläuterung. Wer meldet sich zu Wort?

Der Abg. Atz hat das Wort.

**ATZ**: Danke, Herr Präsident! Wir werden gegen diesen Antrag stimmen, weil wir uns nicht anmaßen sollten, Techniker zu sein. Wir sind gegen den Brennerbasistunnel, wir sind gegen jede Straßenverbindung, wir wissen, daß der Verkehr sich zumindest vervielfältigt. Wir können selbstverständlich hier entscheiden, alles auf die Geleise zu verlegen, aber es sagt uns niemand, wer das finanziert. Es sagt uns niemand, wie wir mit den Schnellzügen umzugehen haben, den Hochgeschwindigkeitszügen. Wir wissen, - auch gegen den Flugverkehr sind wir -daß jeder Verkehr innerhalb 700 km auf Schnellverbindungen, auf die Eisenbahn, verlagert werden sollte. Das wissen wir ja. Wir wollen aber auch den lokalen Verkehr und die Waren auf die Schiene verlegen. Es sagt uns aber niemand die Antwort, wie wir das alles in diesen Strukturen der Eisenbahn schaffen sollen. Ich will aber jetzt nicht sagen, daß der Brennerbasistunnel die Lösung ist. Ich weiß es nicht, aber ich würde glauben, daß es wohl das beste wäre, wenn wir die Techniker fragen würden, ohne daß wir hier irgendwelche Beschlüsse fassen, bei denen wir in der Folge überhaupt nicht abschätzen können, was dies alles in Zukunft zu bedeuten hat.

Deshalb wird die Südtiroler Volkspartei dagegen stimmen.

**PRÄSIDENT**: Der nächste Redner ist der Abg. Pinter.

**PINTER**: Mi sembra una spiegazione un po' spiccica e sommaria, quella data dal cons. Atz a motivare il voto contrario del SVP a questo ordine del giorno, perché credo che lasciare ai tecnici di spiegarci qual è la soluzione progettuale... Lo stato delle cose è che c'è un progetto e che questo progetto si vuole portare avanti, che questo progetto è stato di fatto assegnato ad un consorzio che ha "vinto" la gara di assegnazione dell'ipotesi progettuale, quando sappiamo che in realtà chi si è aggiudicata la soluzione progettuale esprime senz'altro nel modo migliore alcuni interessi economici forti, così forti da non considerare le altre alternative progettuali, perché, al di là del fatto che questo ordine del giorno sostenga la necessità di investire sull'attuale tracciato, si deve anche pur dire che l'operazione che si è compiuta nell'individuazione del tunnel di base e nella tecnologia adottata riflette un po' la modalità con la quale si sono aggiudicati gran parte dei lavori pubblici nel nostro Paese e che speravamo che a livello europeo vedesse modalità diverse, ma evidentemente ci siamo sbagliati, se, come di fatto è successo, delle 6 ipotesi progettuali è stata considerata soltanto la più costosa e quella sostenuta da un particolare consorzio di imprese.

Non so e non me la sento in questo momento di sostenere tecnicamente che altre soluzioni alternative erano perfette, però quanto meno degne di attenzione, abbiamo avuto modo nella conferenza di informazione che abbiamo organizzato come Consiglio provinciale di Trento di ascoltare dei progettisti che ci hanno illustrato delle soluzioni come quella, ad esempio, del trasporto soltanto di merci in galleria con un sistema teleguidato, che non ho l'esperienza ingegneristica sufficiente per valutare, però indubbiamente mi sembrava un'ipotesi affascinante...

*(Interruzione)*

**PINTER**: Mi sembrava appunto che fra il resto qualcuno anche a livello della Provincia di Bolzano la considerasse come una soluzione da tenere presente.

La prima contraddizione: come mai delle varie ipotesi progettuali subito si è concentrata l'attenzione su una sola, e cioè su quella che probabilmente più si allontana dal dare risposta ai problemi che abbiamo, perché pensare che noi faremo trasportare i passeggeri con un collegamento sostanzialmente in galleria per larga parte e per un'altra parte in superficie con grossi problemi per i territori attraversati; io vivo in Vallagarina e vi assicuro che l'ipotesi progettuale sulla Vallagarina non è che sia poco impattante perché è una ferrovia, una ferrovia di questa tipologia comporta un utilizzo di terreno agricolo equivalente a quello di una strada oltre ad un consumo energetico, ma soprattutto comporta un effetto di attraversamento delle valli e di ulteriore barriera e di effetto di impatto acustico e sonoro che forse vale la pena di prendere in considerazione.

Dicevo che questa soluzione progettuale si allontana molto dai problemi, perché è abbastanza impensabile che i passeggeri accetteranno di attraversare le Alpi, il Trentino e l'Alto Adige in galleria e comunque non è questa la nostra necessità, perché sappiamo bene che il traffico di passeggeri oltre certe misure non aumenterà, il vero problema è il trasferimento delle merci su rotaia, con il rischio che l'attuale linea venga destinata al trasporto delle merci e la nuova al trasporto dei passeggeri, la qual cosa sarebbe una sciagura che facessimo questo investimento per portare qualche milione di viaggiatori in un anno, che non credo sia in questo momento l'esigenza primaria; l'esigenza primaria da tutti ribadita è quella di trasferire il traffico pesante su rotaia.

Allora se questa è l'esigenza primaria, non possiamo permetterci il lusso di aspettare 30, 40 o 50 anni, dato che, per l'iter progettuale ed esecutivo, nella stima dei progettisti si arriverebbe al 2025, figuriamoci con quelli che sono i tempi reali delle cose - e ne abbiamo molti esempi - difficilmente riusciremo a vedere il completamento di questa opera. Allora mi domando se invece non abbiamo un'altra urgenza, che è quella di puntare tutto da subito sull'attuale tracciato della ferrovia del Brennero, in altre parole come quello che c'è scritto nella premessa di questo documento, puntando al vero potenziamento, al raddoppio del trasporto di merci su questo percorso, perché questa è una risposta visibile, chiara, immediata, il resto sono sogni ed affari, i sogni forse potrebbero interessarci, gli affari di sicuro non ci interessano.

**PRÄSIDENT**: Der nächste Redner ist der Abg. Benedikter.

**BENEDIKTER:** Ich habe seinerzeit, wie im Landtag dieselbe Sache behandelt worden ist, geltend gemacht, daß es das Abkommen der Weltarbeitsorganisation von 1989 gibt, das inzwischen in Kraft getreten ist und das den indigenen Völkern - und zu diesen indigenen Völkern gehören nach der entsprechenden Begriffsbestimmung auch wir, die autochthone Bevölkerung, also die von einem solchen Vorhaben betroffenen Täler - das wäre das Eisacktal und das Etschtal bis Salurn -, daß diese autochthone Bevölkerung bei solchen Vorhaben, die die Umwelt schwer belasten, befragt werden muß, sie muß abstimmen können. Das steht in diesem in Kraft getretenen internationalen Abkommen, das auch Italien bindet. Ich bin überzeugt, daß wenn hier abgestimmt würde, im Eisacktal und im Etschtal von Bozen bis Salurn, sich die große Mehrheit dagegen aussprechen würde. Man sollte eigentlich abstimmen lassen, dann trägt eben die betroffene Bevölkerung die Verantwortung für die Entscheidung. Aber solange das nicht der Fall ist, ist es unsere Pflicht, daß wir dem, was jetzt hier vorgeschlagen wird, aus den Gründen, die die Abg. Zendron ausführlich geltend gemacht hat, zustimmen, daß wir also das Projekt nicht weiter unterstützen usw.

Ich will nicht alles wiederholen, was sie schon gesagt hat, aber ich möchte darauf hinweisen, daß eigentlich alle zustimmen müßten, wenn man sagt, daß das Abkommen der Weltarbeitsorganisation, die übrigens in Rom ihren Sitz hat, durchgeführt werden sollte, wo es heißt, daß die autochthone, die daran interessierte Bevölkerung befragt werden muß, daß sie darüber abstimmen können muß. Ich bin überzeugt, daß diese Bevölkerung bestimmt nicht - und zwar in großer Mehrheit - zustimmen würde.

**PRÄSIDENT:** Der nächste Redner ist der Abg. Dalbosco.

**DALBOSCO:** Egregio Presidente ed egregi colleghi, non vorrei che si pensasse che strada è brutto e ferrovia è bello automaticamente, anche in sede regionale occorrerebbe chiarezza su questo punto iniziale. Tecnicamente per alta velocità si intende il trasporto di convogli sopra i 260 chilometri all'ora, questo perché a quella velocità la potenza acustica emessa per via di scorrimento del flussi d'aria eguaglia la potenza acustica meccanica, da lì in poi il treno fa più rumore se va più veloce di 260 chilometri all'ora, perché scorre entro l'aria, perché emette rumore dalle molle e da tutta la parte meccanica.

Siccome nessuno prevede che lungo l'asse del Brennero scorrano convogli sopra i 260 chilometri all'ora, spesso si ha buon gioco nell'affermare che non è prevista l'alta velocità e ci si maschera dietro questo equivoco. Questa posizione è equivoca per due motivi: primo perché si continua a dire che pure una manciata di convogli al giorno passeggeri - qualcuno dice 12, qualcuno 14 - dovrà pur viaggiare a 260 chilometri all'ora, cioè alla soglia in cui la rumorosità diventa non tollerabile per le nostre vallate, soprattutto per i fianchi, perché l'onda d'urto va a 30 gradi circa e quindi le zone più esposte se ne stanno a 600 metri, saranno pertanto i paesi delle nostre vallate siti a quelle altitudini a godere di più di questo rumore, il secondo motivo non riguarda



soltanto la parte dei treni passeggeri, ma la parte merci, che andrebbe comunque a velocità pari a 160 chilometri all'ora, quindi la Regione dovrebbe essere chiara in merito a questo argomento, egregi consiglieri: primo, non si parli di alta velocità di fatto per i treni passeggeri, perché questi 12 convogli, che pure hanno bisogno di raggi di curvatura e di strutture di un certo tipo, che cosa portano? Portano una manciata di 'jet society' tra Verona e Monaco, è per questo che vogliamo fare particolari accorgimenti ferroviari? Per questo ridotto numero di passeggeri?

Secondo, non si colleghi l'alta capacità necessariamente al parametro velocità, perché alta capacità delle merci dipende almeno da altri parametri oltre alla velocità: la lunghezza dei convogli, il tasso di carico dei vagoni, la sincronizzazione dei passaggi sulla linea, il funzionamento effettivo dell'intermodalità, ora, cons. Atz, mi pare che dovremmo pure esaminare questi elementi, non noi certamente, ci sono progettisti e la cons. Zendron richiamava progetti esistenti che affermano la compatibilità di un progetto non ad alta velocità, ma effettivamente ad alta capacità con il risparmio di territorio, siamo al discorso precedente, già toccato questo stesso pomeriggio.

Dunque, la soluzione che si prefigurerebbe, raddoppio più tunnel per il 59% della linea più alta velocità per i passeggeri forma un cocktail che veramente sarebbe difficile da digerire per la nostra terra alpina.

Sono assolutamente favorevole alla mozione, come spero anche la maggioranza del Consiglio.

**PRÄSIDENT**: Weitere Wortmeldungen? Zum Antrag sind keine mehr. Es wird die Geheimabstimmung verlangt. Wer schließt sich dem Antrag an? 6. Damit ist die notwendige Zahl erreicht. Wir stimmen also über den Antrag über die Modernisierung der Brennerbahnlinie ab.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

*(Segue votazione a scrutinio segreto)*

**DENICOLO'**: (Sekretär):(ruft die Namen auf)  
(Segretario):(fa l'appello nominale)

**PRÄSIDENT**: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	43
Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	26
weiße Stimmzettel:	5

Damit ist der Antrag nicht genehmigt.

Wir kommen damit zum Abschluß der Arbeiten, die wir morgen fortsetzen. Morgen früh ist um 9.15 Uhr das Präsidium mit der Kommission für die Bibliotheken

einberufen. Der Abg. Passerini wird über die Reformpläne berichten, die die Kommission für uns ausgearbeitet hat.

Die Sitzung ist geschlossen.

(ore 18.03)

## INDICE

### **Disegno di legge n. 75:**

Bilancio di previsione della Regione autonoma Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1997 e Bilancio triennale 1997-1999 (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 3

## INHALTSANGABE

### **Gesetzentwurf Nr. 75:**

Haushltsvoranschlag der autonomen Region Trentino-Südtirol für das Haushaltsjahr 1997 und dreijähriger Haushalt 1997-1999 (eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 3

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI  
VERZEICHNIS DER REDNER**

<b>DIVINA Sergio</b> (Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania)	pag.	3-7-19
<b>GRANDI Tarcisio</b> (Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)	"	6
<b>BENEDIKTER Alfons</b> (Gruppo Union für Südtirol)	"	7-10-11-19-22- 36-46
<b>ZENDRON Alessandra</b> (Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)	"	8-15-16-17-23- 32-41
<b>ATZ Roland</b> (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	10-21-34-37-45
<b>TAVERNA Claudio</b> (Gruppo Alleanza Nazionale)	"	12
<b>CHIODI WINKLER Wanda</b> (Gruppo Partito Democratico della Sinistra)	"	13
<b>GASPEROTTI Guido</b> (Gruppo Solidarietà - Rifondazione)	"	20-23-25-26
<b>DALBOSCO Marco</b> (Gruppo La Rete)	"	21-47
<b>HOLZER Alcide</b> (Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)	"	26-29
<b>DE STEFANI Renzo</b> (Gruppo La Rete)	"	27-30
<b>TRETTTER Franco</b> (Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)	"	31
<b>WILLEIT Carlo</b> (Gruppo Ladins - Autonomia Trentino)	"	34-38
<b>PINTER Roberto</b> (Gruppo Solidarietà - Rifondazione)	"	45

